

Sozialistische Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS.

So beginnt der Abbau der Preise:

Preußen versteuert die Margarine

Warum ißt der Prolet auch nicht Butter!

Berlin, 10. Dezember 1931.

Von besonders informierter Seite erfahren wir:

Unsere Nachricht, daß der neue preußische Finanzminister Klepper die Einführung einer Schlachtsteuer und einer entsprechenden Ausgleichsteuer für nach Preußen eingeführtes geschlachtetes Vieh erwäge, um das voraussichtliche Defizit von 500 Millionen Mark im preußischen Haushalt zu decken, hat im preußischen Finanzministerium große Erregung hervorgerufen. Man hatte nicht geglaubt, so früh mit einer Gegenwirkung rechnen zu müssen und war besonders über die zu Recht erfolgte Charakterisierung der projektierten „Ausgleichsteuer“, die wir als einen kaum mehr verhüllten, nach der Reichsverfassung unzulässigen innerdeutschen Zoll bezeichnet hatten, außerordentlich ergrimmt.

Wir sind heute in der Lage, noch weitere Steuerprojekte des Finanzministers Klepper bekanntzugeben. Einer statistisch geschulten Kraft im preußischen Finanzministerium war es aufgefallen, daß die Margarineproduktion in Deutschland sich im Laufe des letzten Jahres, und zwar ganz besonders stark im

Verlauf des letzten Halbjahres, kräftig nach oben entwickelt hat. Aus einer solch blühenden Industrie sollte auch der Staat Vorteile ziehen, der in seiner großen Armut, die bekanntlich von der Powerter herkommt, nach jedem Mittel greifen muß, das nur von fern geeignet scheint, seine darniederliegenden Finanzen zu beleben.

Herr Klepper hat dem Plan prinzipiell zugestimmt und bereitet die Einführung einer preußischen Steuer auf die Margarine vor.

Die armen Leute, die sich aus Sparsamkeitsgründen oder anderen Erwägungen den Konsum von Butter nicht mehr gestatten, werden sehr erfreut darüber sein, daß der preußische Finanzminister sie zum Dank dafür mit einer Sondersteuer belegt. Vielleicht wird Herr Klepper den Flüchen der Margarinegasse mit dem erstaunten Wort der Marie Antoinette entgegen, die bei dem Sturm des Pariser Proletariats auf die Bäckereien von ihrem Hofstaat die Erklärung hörte, die armen Leute hätten kein Brot, und die, darauf mit den Worten reagierte: Warum essen sie denn keinen Kuchen?

... und so beginnt der Weihnachtsfrieden:

Ein toter Arbeiter

Brutaler Nazi-Ueberfall — Verhaftete Kommunisten

Berlin, 9. Dezember.

Heute abend hielten Anhänger der Kommunistischen Partei in Ahlerts Festalen in Charlottenburg eine Versammlung ab. Als einige der Versammlungsteilnehmer den Heimweg angetreten hatten, tauchten plötzlich etwa 20 Nationalsozialisten auf, die sich sofort auf ihre Gegner stürzten. Sie feuerten dabei mehrere Schüsse ab, durch die drei Kommunisten schwer verletzt wurden, der eine am

Arm, der andere am Becken und der dritte am Hals. Dann ergriffen die Täter die Flucht. Man schaffte die drei Schwerverletzten nach dem Westendkrankenhaus, wo einer von ihnen bald danach seinen schweren Verletzungen erlag. Die inzwischen alarmierte Polizei nahm die Verfolgung der Ruhestörer auf und nahm neun Kommunisten (!!) und vier Nationalsozialisten fest.

Unstet und flüchtig sollt ihr sein...

Der Liebknecht-Mörder aus Schweden ausgewiesen

Berlin, 10. Dezember.

Aus Stockholm kommt die Nachricht, daß die schwedische Regierung eine Reihe von in Schweden lebenden deutschen Staatsangehörigen ausgewiesen habe, weil sie sich an faschistischen Umtrieben beteiligt hätten. Unter diesen Ausgewiesenen befindet sich der frühere Kapitänleutnant der kaiserlichen Marine, Horst von Pflugk-Harttung.

Dieser Kapitän und sein Bruder, der Hauptmann Heinz von Pflugk-Harttung, gehörten zum Stabe der Garde-Kavallerie-Schützendivision in Berlin. Sie beide haben als Mitäter an der Ermordung Karl Liebknechts mitgewirkt. Der Hauptmann, in den Januartagen 1919 Adjutant des späteren Majors Pabst, kam während des Kapp-Putsches, in dem er mit der Waffe in der Hand gegen die verfassungsmäßige Regierung auftrat, ums Leben. Ein Bündel scharf gemachter Handgranaten, das er in seinem Auto mitführte, war vorzeitig detoniert.

Im Juni des Jahres 1930 kam die erste Nachricht davon nach Deutschland, daß Horst von Pflugk-Harttung in Stockholm aufgetaucht sei. Bei der dort gerade gegründeten Vereinigung der Auslandsjournalisten hatte sich mit Papieren auf den Namen Pflugk-Harttung ein Mann als Mitglied angemeldet. Ein angesehenen deutscher Journalist wehrte sich

gegen diesen Zuwachs: der Mann sei an der Ermordung Liebknechts beteiligt gewesen; nie und nimmer könne eine Vereinigung anständiger Menschen solchen Mann in ihrem Kreise dulden. Man könne nicht wagen, ihn den Damen nahe zu bringen; er müsse draußen bleiben. Pflugk-Harttung bestand auf seinem Schein. Er zeigte das ihn freisprechende Urteil des Kriegsgerichts der Garde-Kavallerie-Schützendivision vom 14. Mai 1919 vor, in dem ihm seine Kameraden die gänzliche Schuldlosigkeit am Tode Liebknechts bescheinigten. Trotzdem wiesen ihn die Journalisten ab.

Im Jorns-Prozeß sprach Paul Levi in seinem feurigen Plaidoyer also:

„Die schreckliche Tat, die damals begangen worden ist, ist keinem gut bekommen. Der Hauptmann von Pflugk-Harttung oder der Bruder — ich weiß nicht welcher —, zerrissen von einer Handgranate, die er anderen zugedacht hatte... Andere flüchtig, wer weiß, wohin, alle gezwungen, ihr Antlitz vor den Menschen zu verbergen.“

Für uns ist wichtig, daß der Mann, der den besudelten Namen Pflugk-Harttung trägt, die schreckliche Wahrheit der Worte, die Paul Levi in Moabit für das Mordgesindel fand, auch an sich selbst hat erfahren müssen.

„Unstet und flüchtig sollt ihr sein...“

des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutze des inneren Friedens. Ueber diesen Ausführungen stehen als dreispaltige Ueberschrift die Worte: „Das Programm der Verzweiflung“. Die Ueberschrift ist geeignet, die Benurhung und Erregung der ohnehin durch die Gestaltung der deutschen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse aufgeregtten Bevölkerung zu vermehren. Sie muß Angst, Sorge und Niedergeschlagenheit erzeugen, die Hoffnung auf eine Besserung der allgemeinen Lage vermindern und dadurch die auf eine verständnisvolle Mitarbeit des Volkes an der Gestaltung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse aufgebauten Maßnahmen der Reichsregierung zunichte machen. Sie gefährdet daher aufs gröslichste die öffentliche Sicherheit und Ordnung.“

An wirklichen, aktiven Handlungen gegen die Nationalsozialisten hat es die Sozialdemokratie bisher überall fehlen lassen. Sie ist zurückgewichen, wo es galt, sich zum Kampf zu stellen auf alle Konsequenzen hin. Was aber hier der Berliner Polizeipräsident tut, hat mit Kampf gegen den Nationalsozialismus überhaupt nichts mehr zu tun. Wegen der

Metallarbeiterstreik und Tolerierung

(siehe 3. Seite, Hauptblatt)

Ueberschrift „Das Programm der Verzweiflung“ wird eine Zeitung verboten! Das ist eine Angelegenheit, die sich in ihrer Auswirkung nicht auf das Nazi-Blatt beschränkt, sondern allgemeine Bedeutung hat. Wenn deswegen eine Zeitung verboten werden kann, dann gibt es überhaupt keine Zeitung mehr, die nicht jeden Tag verboten werden könnte, es sei denn, daß sie alles, was die Regierung unternimmt, bedingungslos lobt. Das bedeutet, daß

jede Kritik verboten ist.

Nie aber hat das Proletariat die Kritik an dem zusammenbrechenden System der kapitalistischen Wirtschaft dringender gebraucht als heute. Heute kann diese Kritik zur schärfsten politischen Waffe des Proletariats werden. Und wenn von nationalsozialistischer Seite Kritik erfolgt, so gilt es nicht, diese Kritik mit Gewalt zu unterdrücken, sondern ihre innere Verlogenheit ins Bewußtsein der Proletarier zu bringen, um die Nazis zu isolieren von der revolutionären Kritik des Proletariats an der zusammenbrechenden Bourgeois-Gesellschaft.

Echt faschistisch!

Die faschistische „Tribuna“ erklärt:

Der letzte Versuch Deutschlands, auf die Preise und Gehälter einzuwirken, entsprechen den Richtlinien, die der Faschismus im rechten Augenblick beschlossen und zur Anwendung gebracht habe.

Ausnahmezustand?

Verfassung von Weimar gilt nicht mehr

Berlin, 10. Dezember.

Der Reichskanzler Dr. Brüning hat in seiner durch Radio verbreiteten Rede vom Dienstag abend die Entschlossenheit seiner Regierung versichert, mit allen Mitteln ihre Autorität zu wahren. Er hat in diesem Zusammenhang die Drohung ausgesprochen, daß er beim Scheitern anderer Mittel notfalls mit dem Ausnahmezustand regieren werde.

Ein normaler Zustand, das muß ausgesprochen werden, herrscht auch gegenwärtig nicht. Aber es bedarf noch eines zweiten Hinweises.

Der Reichskanzler befindet sich bei seiner Absicht in offenbarem Widerspruch zu dem berufensten Kommentator der Reichsverfassung, nämlich zu ihrem Verfasser, dem verstorbenen Professor und Reichsminister Preuß. Preuß hat im Zuge der Geschichts vom Herbst 1923, wo bekanntlich der Reichs-

präsident auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung die Befugnisse der vollziehenden Gewalt erst auf den Reichswehrminister Geßler, danach auf den General von Seeckt delegierte, in einem aufsehenerregenden Zeitungsartikel dargelegt, daß die Verfassung von Weimar den militärischen Ausnahmezustand oder den Belagerungszustand überhaupt nicht kenne. Die Befugnisse, die aus dem Artikel 48 abzuleiten seien, begründeten bloß ein Notrecht für den Fall, daß die gesetzgebenden Körperschaften in dringlicher Notlage nicht schnell genug zusammengerufen werden könnten. Nur um solche Lücken zu füllen, könne der Reichspräsident den Artikel 48 in Bewegung setzen, zu keinem andern Zweck und Ziel.

Wenn Brüning jetzt also den Ausnahmezustand ankündigt, so ist er in schroffem Gegensatz zur Reichsverfassung, die ohnehin kraftlos geworden ist.

Herrn Grzesinski überhaupt noch erlaubt? Schließlich sind die Zeitungen Interessensvertretungen ihrer Leser, die kaum damit zu befriedigen sind, wenn die Redaktion die Notverordnungen, Rundfunkreden und Polizeiberichte abdruckt und darauf verzichtet, ihre eigene Meinung dazu zu sagen. Wir brauchen auf den angekündigten Belagerungszustand nicht mehr zu warten — gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung haben wir ihn schon.

Man wird nervös Der „Angriff“ verboten

Berlin, 10. Dezember.

Der Berliner Polizeipräsident hat den nationalsozialistischen „Angriff“ auf die Dauer von acht Tagen verboten. Er begründet das folgendermaßen:

„Der „Angriff“ Nr. 221 vom 9. Dezember nimmt Stellung zu der vierten Notverordnung

„Rote Fahne“ verboten

Berlin, 10. Dezember.

Nichts kennzeichnet wohl besser den Charakter des „Weihnachtsfriedens“, den uns die Reichsregierung beschert hat, als das neuerliche Verbot der „Roten Fahne“ und die Begründung, die der sozialdemokratische Polizeipräsident von Berlin diesem Verbot gibt.

In der amtlichen Begründung des Verbots wird u. a. die Feststellung der „Roten Fahne“ beanstandet, daß sie „mit dem heutigen Tage bei Gefahr des sofortigen Verbots durch die Notverordnung nicht aufrufen könne zum Streik gegen die durch Notverordnung diktatorisch angeordnete Senkung des Lohnes und des Gehaltes, zu Massenversammlungen gegen die neue Notverordnung, zu Massenkundgebungen gegen die faschistische Anleiternordpolitik von Boxheim“ usw.

Es genügt also heute schon zu einem Verbot, daß man sagt, was man nicht tun darf. Die Frage erhebt sich: was ist nach der neuen Notverordnung und ihrer Auslegung durch

Brüning droht

Berlin, 10. Dezember 1931.

Der „Vorwärts“ weiß zu melden, daß der Reichspräsident, im Fall der Aeltestenrat sich für die Einberufung des Reichstags entscheiden sollte, dem Reichskanzler, ähnlich wie im Oktober, die Genehmigung zur Auflösung des Reichstags geben will. Der Reichskanzler will, so heißt es weiter, von diesem Angebot Gebrauch machen, falls der Reichstag eine Entscheidung gegen die vierte Notverordnung des Reichspräsidenten fällt. In diesem Falle würden mit den Reichstagswahlen zugleich die preußischen Landtagswahlen vor sich gehen.

Herr Brüning weiß seine Sozialdemokraten zu nehmen. Vor nichts fürchten sie sich so sehr, wie vor der Katastrophe, die für ihre Partei die Folge einer Neuwahl wäre.

*

Verschlebung der Präsidentenwahl

Vorbereitung auf einen neuen Verfassungsbruch

Berlin, 10. Dezember.

Zu einer Meldung der „B. Z. am Mittag“, daß die Reichspräsidentenwahl am 13. März und, falls notwendig, der zweite Wahlgang am 10. April stattfinden werde, wird von z. B. ständiger Stelle erklärt, daß es sich hier nur um vorzeitige Kombinationen handle. Der Reichstag selbst habe den Zeitpunkt für die Reichspräsidentenwahl zu bestimmen und er werde das bei seinem nächsten Zusammentritt Ende Februar tun, nachdem er sich zunächst einmal darüber ausgesprochen habe, ob es nicht nützlicher sei, die Wahl auf einen ruhigeren Zeitpunkt zu verschieben und die Amtszeit Hindenburgs entsprechend um etwa ein Jahr zu verlängern.

Daß das einen Verfassungsbruch bedeuten würde, geniert heute schon niemand mehr.

*

Versammlungsverbot auch in Sachsen

Dresden, 9. Dezember.

Die sächsische Regierung hat sich sofort nach dem Bekanntwerden des Inhalts der neuen Reichsnotverordnung mit Rücksicht auf das in Sachsen schwebende Volksbegehren wegen einer Ausnahmebewilligung von dem mit sofortiger Wirkung für ganz Deutschland erlassenen Versammlungsverbot an das Reichsministerium des Innern gewandt, von dort aber die Auskunft erhalten, daß weder das Reichsministerium des Innern noch eine Landesregierung Ausnahmen bewilligen kann.

Diskontsenkung auf 7%

Wie gestern bereits vorgemeldet, hat das Reichsbankdirektorium in seiner Sitzung am Mittwoch beschlossen, den seit dem 22. September bestehenden Diskontsatz von 8 auf 7 v. H. und den Lombardsatz von 10 auf 8 v. H. herabzusetzen.

Dem Kapital gepfört

Schweres Grubenzug-Unglück.

Saarbrücken, 9. Dezember.

Am Dienstag ereignete sich, wie erst jetzt bekannt wird, auf dem Bahnhof Simonsschacht, der zu den Wendelschen Hüttenanlagen bei Forbach gehört, ein schweres Unglück. Eine Maschine, die hinter dem Zug, der die Mittagschicht auf die Schächte bringt, angekoppelt wurde, stürzte um und riß den letzten Wagen des Grubenzuges mit sich. Von den dreißig Insassen des Wagens wurden drei schwer und 15 leicht verletzt.

Die Elendswelle in Oesterreich

Wien, 9. Dezember.

In der zweiten Novemberhälfte ist die Zahl der unterstützten Arbeitslosen in Oesterreich um 22 700 auf 273 658 gestiegen.

Die englischen Agrarzölle angenommen

London, 9. Dez.

Die Zollerhöhungen auf die Einfuhr landwirtschaftlicher Luxusergüsse, wonach auf eine Reihe von Waren ein Zoll von 50 v. H. erhoben wird, wurde vom Unterhause in dritter Lesung mit 274 gegen 38 Stimmen angenommen.

Furchtbares Gemetzel

400 Koreaner angeblich von Räubern getötet.

Tokio, 10. Dezember.

Meldungen aus Mukden zufolge sind auf einem Landgut bei Tungliao 400 koreanische Bauern von Räubern niedergemetzelt worden. Das Landgut gehört einem Millionär aus Tokio. Die Räuber belagerten das Gut drei Tage und verlangten die Herausgabe von 300 Gewehren. Als die Forderung abgelehnt wurde, zerstörten sie alle Gebäude und töteten sämtliche Bewohner.

Das persische Parlamentsgebäude in Flammen

Teheran, 10. Dezember.

Im Parlamentsgebäude brach heute vormittag infolge der Schadhafigkeit eines Ofens ein Brand aus, der sich bald über das ganze Gebäude ausbreitete. Der Hauptteil ist bereits völlig zerstört worden und noch immer steht die Feuerwehr dem Brand ohnmächtig gegenüber.

Der Reins-Prozess

Mörder oder Opfer?

Erster Verhandlungstag — Der Briefträgermörder schildert seine Tat.

Vor dem Landgericht II in Berlin-Moabit begann am Donnerstag der Prozess gegen den Briefträgermörder Ernst Reins. Die Anklage lautet auf Raubmord. Seine Mutter, Ida Reins, sowie seine Schwester Sophie Reins sind ebenfalls, und zwar wegen Hehlerei angeklagt.

*

Der Mordprozess Reins bildete schon seit längerer Zeit das Tagesgespräch. Am Donnerstag standen Hunderte von Menschen bereits morgens um 5 Uhr vor dem Neuen Kriminalgericht und warteten auf die Öffnung des Schwurgerichtssaales. Die Verhandlung begann erst vormittags 10 Uhr.

Man kann sagen, daß das Publikum eine Ausdauer bewies, die einer besseren Sache würdig wäre.

*

Vor Beginn der Verhandlung setzte der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Dr. Schneider, in einer Volksrede auseinander, daß die Presse zwar einerseits die Pflicht habe, die Öffentlichkeit von den Tatsachen im Falle Reins zu unterrichten, auch schon vor der Verhandlung, daß jedoch andererseits sehr wünschenswert sei, wenn man davon absehen würde, eine eigene Meinung über die Hintergründe im Fall Reins und die Schwere seiner Tat zu haben. Diese Polemik des Vorsitzenden richtet sich

ziemlich eindeutig gegen die Stellungnahme der Arbeiterpresse, die selbstverständlich nicht die „schauerlichen Momente“ der Tat und die „romantischen Begebenheiten“ der Flucht und der Auslieferung aus Italien berichtet, sondern auch vor allem die sozialen Beweggründe prüfte, die Reins zu seiner Tat trieben, und die nach dieser Prüfung die Auffassung vertraten, daß weniger Reins als vielmehr die Gesellschaft, die Reins dem Elend auslieferte, hier der Mörder sei.

Dergleichen Erwägungen sind in der deutschen Justiz jedoch nicht erwünscht, und sie läßt also bitten, mit jedem Urteil über die rechtliche Seite zurückzuhalten, bis das Gericht, das allein zunächst dafür zuständig sei, ein Urteil gefällt habe.

Verhandlungsfolge:

Der erste Tag bringt die Vernehmung der drei Angeklagten und der Sachverständigen zur Todesursache. Die Zeugen werden am Freitag vernommen. Am Sonnabend sollen — voraussichtlich — die Plädoyers und das Urteil folgen.

Bei Beginn der Verhandlung stellte der Verteidiger Dr. Brandt für die Angeklagte Sophie Reins den Antrag, das Verfahren gegen sie einzustellen, da der Auslieferungsvertrag zwischen Deutschland und Italien den Tatbestand der Hehlerei nicht kenne.

Das Gericht sieht jedoch keine Veranlassung, das Verfahren gegen die Angeklagte einzustellen, doch soll in der Urteilsberatung noch einmal zur Frage der Einstellung im Falle Sophie Reins Stellung genommen werden.

Das Leben von Reins

Auf die Fragen des Vorsitzenden, ob er sich der Tat schuldig fühle, erklärt Reins: „der absichtlichen Tötung bekenne ich mich nicht schuldig, sonst ja.“

Reins hat auch in der ganzen Vernehmung immer wieder erklärt, daß er nicht die Absicht gehabt habe, den Briefträger zu töten, er sei durch den unerwartet heftigen Widerstand des Ueberfallenen weiter gerissen worden, als er wollte.

*

Die Schilderung von Reins gibt ein vernichtendes Bild von den Zuständen in einer proletarischen Familie

Reins ist als 13. Kind seiner Mutter geboren. Von allen wuchsen nur 4 Geschwister heran. Von den vier Ueberlebenden fiel der älteste Bruder im Krieg, und nur Ernst Reins und die beiden Schwestern Sophie und Johanna blieben am Leben.

Der Vater ist unheilbar krank, seit 1925 befindet er sich wegen progressiver Paralyse in einer Heilanstalt in Neu-Ruppiner. Er besaß vor dem Kriege ein Baugeschäft, das jedoch nach einigen Jahren zusammenbrach, zuletzt nahm er eine Hauswartstelle in Charlottenburg an, und damit vollendete sich der endgültige Prozess der Proletarisierung der Familie Reins.

Deutsche Heldensage

Reins' Entwicklung nahm keine irgendwie ungewöhnlichen Verlauf. Er trieb Sport, legte sich mit 18 Jahren eine Braut sowie ein Paddelboot zu und las Bücher. Die übliche interessierte Frage des Vorsitzenden:

„Haben Sie auch sogenannte Schmöker gelesen? Indianer und Detektivgeschichten?“

Diese Frage gehört zum unentbehrlichen Requisit jedes Vorsitzenden. Sagt der Angeklagte ja, dann hat er deshalb die Tat begangen. Reins sagte jedoch, daß er solche Bücher wohl gelesen habe, doch habe ihn weit mehr die griechische Mythologie und die deutsche Heldensage interessiert, die er immer wieder gelesen habe.

Reins ergriff eine Lehrstelle als Maurer, bildete sich aus und verdiente teilweise aus-

reichend. Seine Familie hat er stets von seinem Einkommen unterstützt.

Warum leben Sie nicht als Zubälter?

Die Verhandlung wendet sich den Vermögensverhältnissen Reins' kurz vor der Tat zu. Der Vorsitzende behauptet, daß Reins, obwohl arbeitslos, doch nicht völlig mittellos gewesen sein könne. Er habe einmal ein Segelboot besessen, das ihm gestohlen worden sei und worüber ein Schadenersatzprozess mit der Versicherungsgesellschaft schwebte.

Jene Gesellschaft habe ihm eine Vergleichssumme von über 800 Mark geboten, der Angeklagte habe nur zuzugreifen brauchen.

Reins erklärt:

„Ich wußte ja nicht, daß mir dieser Vergleich geboten wurde, der gegnerische Anwalt klappte damals in der Verhandlung seine Akten zu und ich dachte, der Vergleich sei abgelehnt.“

Ferner aber soll Reins in Kreisen sehr eleganter junger Leute verkehrt haben, die mit seinen Schwestern Sophie und Johanna befreundet waren. Diese sicher nicht zweifelhaften Beziehungen der beiden Mädchen zu den „besseren Kreisen“ veranlassen den Vorsitzenden zu der Bemerkung:

„Allgemein pflegt sich das doch dahin auszuwirken, daß die Lebenshaltung der jungen Mädchen dadurch sehr erleichtert wird, so daß die Not in Ihrem Hause doch nicht so groß gewesen sein kann?“

Anscheinend waren die „besseren Kreise“ aber doch nicht so gut, daß die ganze Familie von diesen „Beziehungen“ der beiden Mädchen hätten leben können, sie wurden nur ab und zu auf Reisen usw. mitgenommen und gaben ihre Einnahmen wieder für Garderobe aus — man legt Wert auf gute Schale in solch „besseren Kreisen“. Und wer kann es den Mädchen verdenken —

Tatsächlich stand Reins nahezu mittellos vor dem Nichts, als er die verzweifelte Tat beging, um seiner Familie aus dem Sumpf zu helfen.

Die Tat

Reins schildert, wie er auf den Gedanken gekommen sei, einen Briefträger zu be-

rauben. Er sah, etwa vier Tage vor der Tat, Geldbriefträger aus einem Postamt herauskommen. Er war an jenem Tage in überreizter Stimmung.

Zu Hause lagen seine Mutter und seine Schwester Johanna krank. Er hatte kein Geld, die Anordnungen des Arztes zu befolgen oder ihnen eine kleine Erfrischung zu holen. Er mußte zusehen, wie sich beide mit ihren Schmerzen quälten. Außerdem drückten ihn noch die Sorgen um seinen Prozess mit der Versicherungsgesellschaft, den er verloren glaubte.

So kam er allmählich auf den Gedanken an eine entschlossene Tat, die allen Sorgen ein Ende machen sollte.

*

Er folgte einem Geldbriefträger in ein Haus, mietete dort ein Zimmer und gab dann in einem Postamt eine Geldanweisung an seine eigene, neue Adresse auf.

Einen Tag später erwartete er den Postboten, mit einem Stück Bleirohr in der Tasche. Er erhielt die 5 Mark auszubezahlt, die er an sich selbst adressiert hatte, und als der Beamte ihn wieder verlassen wollte, schlug er mit diesem Bleirohr auf ihn los.

Es entspann sich ein furchtbarer Kampf. Reins schlug mehrfach zu, der Beamte wehrte sich wild, zuletzt umklammerte Reins sein Opfer und würgte es, bis der Widerstand des anderen nachließ. Er würgte zu sehr. Der Beamte war tot.

Daß Reins nicht die Absicht hatte, dem Ueberfallenen zu töten, geht aus der Wahl seiner Mittel hervor, die er zur Tat benützte. Er besaß zuhause sowohl einen Revolver, wie einen Totschläger und einen Dolch, benützte aber keine dieser Waffen, da

„sie einen Menschen ja zu sehr verletzt oder sogar getötet hätten.“

Er wollte das weiche starke Bleirohr benützen, um den Beamten zu betäuben, und erst der wilde Kampf, der es unmöglich machte, eine Kraftanspannung zu berechnen, führte ihn so verhängnisvoll weit über sein Ziel hinaus.

Der gemäßregelte Polizeimajor...

Berlin, 10. Dez.

Die Vereinigung der Polizeioffiziere Preußens, die dem Leiter der Polizeiabteilung im preußischen Innenministerium, dem Ministerialdirektor Klausner, nahestehend und etwa 90 Proz. des gesamten Polizei-Offizierskorps umfaßt, wendet sich in einer Entschliebung mit harten Worten gegen den Minister Severing und gegen den Polizeipräsidenten Grzesinski, denen sie vorwirft, im Falle des Polizeimajors Lewit, der nach Gleiwitz strafversetzt wurde, das Recht verletzt zu haben.

Dem Major Lewit wurde bekanntlich zum Vorwurf gemacht, daß er nicht unterschiedlich genug bei seinem Eingreifen gegen Demonstranten nach einer Reichsbannerkundgebung vorgegangen sei und hierbei einen Ministerialrat aus dem Reichspostministerium gleichfalls sistiert habe, obwohl er doch gar nicht „Heil Hitler!“ sondern bloß „Hoch Braun!“ gerufen hatte. Das alles wäre ja nicht so schlimm gewesen, wenn sich der Polizeimajor nicht weiterhin renitent benommen hätte. Aber als er, ins Ministerium zur Rechtfertigung zitiert, in Gegenwart seines Arrestanten vom Abend zuvor, von dem Chef der Polizeiabteilung peinlich befragt, von „Radaubrüdern“ sprach, da war sein Schicksal besiegelt, und er wurde gleich nach Gleiwitz verbannt, wo der Fortführung seines Handwerks offenbar nichts im Wege steht.

Die Preußen haben sich das alles selbst zu-

zuschreiben. Es hält jetzt schwer, sich darin auszukennen, welche Art von Demonstrationen erlaubt und welche verboten sind...

Das hat mit seinem Singen der Severing getan.

Auf den Drohbrief der Polizeioffiziersvereinigung, in dem unter anderem ausgesprochen wird, daß Severing das letzte, schon erschütterte Vertrauen dieser Organisation verloren habe, hat der preußische Innenminister nun mit dem Abbruch der amtlichen Beziehungen zu dieser stärksten Gruppe seiner Polizei-Offiziere geantwortet.

Ob das sehr klug war, muß bezweifelt werden. Der Schritt, der unumgänglich erscheint, wird den preußischen Polizeiminister viele Kopfschmerzen gekostet haben und weiterhin noch kosten.

Es ist die Frage erlaubt, ob Minister Severing seine wiederholten öffentlichen Erklärungen, seine Polizei, insonderheit also auch sein Polizeioffiziers-Korps sei streng verfassungstreu, unverbrüchlich treu seinen Befehlen und bereit, jeden Aufstandsversuch schon in der Entwicklung niederzuwerfen, nach dieser neuesten Leistung der Polizei-Offiziere aufrecht zu halten gedenkt.

Uns scheint es so, als ob mindestens nach diesem Briefwechsel und seinem Abschluß das Treueverhältnis der Polizeiführer zu ihrem Minister und damit zu der republikanischen Staatsform Preußens ins Wanken gekommen wäre.

... und die gemäßregelte Zeitung

Die deutschnational eingestellte „Berliner Börsen-Zeitung“ ist vom Berliner Polizeipräsidenten Grzesinski bis zum 17. Dezember einschließlich verboten worden. Als Begründung führt der Polizeipräsident an:

„Die Nr. 574 der Abendausgabe der „Berliner Börsen-Zeitung“ vom 9. 12. 1931 bringt in dem Artikel „Die Polizeioffiziere gegen Severing und Grzesinski“ eine Entschliebung der Polizeioffiziere zu dem Falle

Lauben sollen unpfändbar werden

Berlin, 10. Dezember.

Der Reichsausschuß des Reichstages wählte am Donnerstag anstelle des Abgeordneten Dr. Frank II (Nationalsozialist) auf sozialdemokratischen Antrag den Abgeordneten Landsberg (Sozialdemokrat) zum Vorsitzenden. Die von kommunistischer Seite beantragte Amnestierung aller auf Grund der Paragraphen 218 und 219 StGB. bisher verurteilten Personen wurde vom Ausschuß abgelehnt. Ferner fand eine Entschliebung Annahme, wonach

Gartenhäuser, Wohnlauben, Wohnwagen und ähnliche Einrichtungen, die vom Schuldner oder seinen Angehörigen als ständige Unterkunft benutzt werden, unpfändbar sein sollen.

Der Aeltestenrat des Reichstages ist für Mittwoch, den 16. Dezember, einberufen worden. Es wurde dieser Zeitpunkt gewählt mit Rücksicht auf die Fraktionsitzung des Zentrums, die erst am 15. Dezember stattfindet. Zur Beratung stehen Anträge auf Reichstags-einberufung.

Der tägliche Mord

Von Karl Glas

So fassen sie die neue Notverordnung auf:
Auf Kommunisten darf weiter geschossen
werden,
der Dolch und ein heißer Revolverlauf
besiegeln den Weihnachtsfrieden auf Erden.

Die Polizei kam hinterher
und hat neun Kommunisten verhaftet.
Von denen trug keiner ein Gewehr,
den Toten hat man inzwischen verfrachtet.

Die Stimme des Volkes bringt man zum
[Schweigen,
es gibt verschiedene Methoden dabei.
Wo Arbeiter sich auf den Straßen zeigen,
sind die besten Mittel: Pulver und Blei.

Das ist die Hitlersche Legalität:
der Osaf hält Reden an die Presse
die andern richten das Mordgerät
und holen sich dann die falschen Pässe.

Der tägliche Mord ist die beste Erklärung
für das, was in Deutschland Burgfrieden heißt.
Wann zahlt der Prolet in eigener Währung?
Mit Blut wird die Kampffront zusammen-
geschweißt.

Kleine Nachricht

„Gestern abend um 18.30 Uhr hatten etwa
fünf bis sechs junge Burschen in der Filiale
des Lebensmittelgeschäftes von Gutschow in
der Hermannstr. 30 zu Neukölln von den aus-
gestellten Waren Büchsenkonserven, Wurst und
Eier gestohlen. Daraufhin flüchteten die Tä-
ter und es gelang ihnen auch, unerkannt zu
entkommen.“

Bürgerlicher Kommentar:

Die Begehrlichkeit der unteren Stände
nimmt immer größere Formen an. Jetzt sind
sie nicht einmal mehr mit dem schmackhaften
trockenen Brot zufrieden, das sie für ihre
reichhaltige Unterstützung bekommen — in
ihrer Gier verlangen sie noch Wurst und Eier
dazu! Auch eine Frucht marxistischer, gott-
loser Verhetzung . . .

Wenn es sich um Frau Landgerichtsrat handelt . . .

WZB. Aurich, 9. Dezember.

Der Seemann Schultz, der die Frau des
Landgerichtsrats Henrychowski auf
der Straße ohne Grund gehrfeigt hatte,
wurde heute zu 5 Monaten Gefängnis (!!) verurteilt.

Kein „Silberner Sonntag“ in Hamburg

CNB. Hamburg, 9. Dezember. Die Bürger-
schaft lehnte heute nach längerer Aussprache
einen volksparteilichen Antrag auf Freigabe
des „Silbernen Sonntags“ zum Verkauf mit 129
gegen 18 Stimmen ab. Im Gegensatz zu Preu-
ßen werden also in Hamburg die Geschäfte am
kommenden Sonntag geschlossen bleiben.

Zusammenstoß Zug—Autobus

8 Tote, 10 Verletzte

Belgrad, 9. Dezember.

In der Nähe des Bahnhofes von Celje stieß
ein Personenzug mit einem städtischen Auto-
bus zusammen. Acht Personen wurden getötet
und zehn schwer verletzt.

Unter ihnen auch . . .

Ein Berliner Mittagsblatt bringt
folgende nette Schilderung, die wir unseren
Lesern nicht vorenthalten wollen:

„Unter den Linden 21. Ein ganz vor-
nehmes Haus. Zu ebener Erde ein Juwelier,
dessen Name weit über Deutschland hinaus
bekannt ist; im zweiten Stock eine Film-
gesellschaft, die mit künstlerischen Am-
bitionen, und in der Mitte er, Molden-
hauer, der Schöpfer der elegantesten
Herrenmoden, die das „Volk“, also wir Nicht-
prominenten, allein dann zu sehen bekommt,
wenn es im Kino oder im Theater sitzt.

Kaum jemand weist unter seiner Kund-
schaft so viel bekannte Namen auf wie dieses
Geschäft. Alle sind sie vertreten, die da
prominent sind; von der Politik, der Industrie,
der Kunst, der Wissenschaft.

Herein spaziert kommt Fritz Lang, das
unvermeidliche Monokel im Auge, und läßt
Maß nehmen. Durch die Tür stürmt Hans
Albers: „Sind meine Anproben fertig?“
Die Würde selbst ist Werner Krauß:
„Kinder, immer ruhig, ruhig!“ lautet seine
Devise. Anders Max Pallenberg: „Sport,
nur Sport. Preis? Moldauerchen, Donauer-
chen, wenn ich zahlen soll: weshalb kaufe
ich bei dir?“ Bassermann, wohl der
eleganteste unter den Schauspielern, darf die
ausgefallensten Wünsche äußern: in der ge-
schmackvollsten Weise werden sie ausgeführt.
Dann Fritz Kortner. Selten, daß er ein
Wort spricht. Manchmal ein leises „Ja“, meist
nur ein Kopfnicken zum Zeichen seines Ein-
verständnisses. Rudolf Forster, Homol-
ka und selbstverständlich Tauber, der
bei der Anprobe plötzlich loschmettert: „Oh
Schneider, mein Schneider“ — man trifft sie
alle an.

Selbst Schauspielerinnen lassen hier Maß

nehmen, wenn sie sich einmal nicht gar zu
fraulich einkleiden wollen. Die Bergner, die
Massary, Maria Bard . . .

Daß wir es nicht vergessen: auch die
Opernleute achten auf ein gutes Aussehen.
Die Photos von Leo Blech, Professor Horth
und vielen anderen zeigen, wie sehr sie zu-
frieden waren, sogar im Äußeren harmonisch
zu sein. Die bildende Kunst ist ebenfalls ver-
treten; an der Spitze der Altmeister Max
Liebermann. Und dann selbstverständlich
Presse und Sport. Ein besonders eifriger
Kunde ist Max Schmeling, der übrigens
eine Schwäche für Krawatten zu haben
scheint. Nie wird er fortgehen, ohne nicht
mindestens ein Dutzend neuer Schlipse mit-
genommen zu haben.

Daß in einer so prominenten Gesellschaft
auch — die Gesellschaft nicht fehlt, ist eine
Selbstverständlichkeit.

Es wimmelt im Album nur so von Prinzen
und Adligen: an erster Stelle steht natür-
lich der frühere Kronprinz. Aber hier
gibt es keine Politik; aus allen Lagern
kommen sie, unter ihnen auch Philipp
Scheidemann, der eleganteste der SPD-
Männer.

Und dann die Anwälte: Professor Alsberg
ebenso wie Rechtsanwalt Dr. Dr. Frey, der
eine merkwürdige Vorliebe für Westen be-
sitzt, Dr. Pindar, Dr. Asch und viele mehr.
Aber es würde zu weit führen, alle Namen
zu erwähnen. Wer prominent ist, geht eben
hierhin.

Ueber die neue Notverordnung wird man
in dieser prominenten Kleiderbude sich kaum
Kopfschmerzen machen. Die Herren Scheide-
mann und Dr. Asch haben auch wirklich
andere Sorgen . . .

Der Nikolaus

Die Notverordnung in der Karrikatur des „Vorwärts“

Berlin, 9. Dezember.

In manchen deutschen Landstrichen besteht
eine Sitte, die den Namen des Nikolaus trägt.
Am Tage des heiligen Nikolaus, dem 6. De-
zember, stellen Kinder, die das ganze Jahr
brav gewesen sind — nur bei solchen wirkt
der Zauber —, einen Schuh vor die Tür, den
sie dann am kommenden Morgen, mit kleinen
Geschenken gefüllt, wiederfinden. Das ganze
Spiel soll einen kleinen Vorgeschmack von
dem Segen der Weihnachtsbescherung geben.

Zu den deutschen Landstrichen, in
denen die Nikolaus-Sitte im Schwange ist,
gehört allem Anschein nach auch die Berliner
Lindenstraße. Der „Vorwärts“ nämlich, Zen-
tralorgan der Sozialdemokratischen Partei, die
durch die Tolerierung der früheren den Erlaß
auch dieser Notverordnung erst ermöglicht
hat, bekennt sich auch zu der frühchristlichen
Sitte, die brave Kinder mit kleinen Ge-
chenken lohnt, und bringt auf der ersten
Seite seiner heutigen Spätausgabe eine kleine
Karikatur, über der geschrieben steht „Niko-
laus 1932“.

Da sieht man eine abgekehrte Gestalt, die
wohl den deutschen Michel versinnbildlichen
soll, vor einem geknickten Infanteriestiebel
stehen, aus dessen Schaft ein längeres Per-

gament, mehrmals gerollt, in Ueberrmannshöhe
herausragt, Notverordnung Nr. 4 steht darauf.
So also sieht das kleine Nikolausgeschenk
aus, mit dem der deutsche Vorwärtsmichel be-
glückt wurde.

Es gibt kaum eine Charakteristik für diese
Manier des „Vorwärts“, sich mit der Notver-
ordnung auseinandersetzen, die für Mil-
lionen von Volksgenossen eine unerträg-
liche neue Belastung und unvor-
stellbare Not bedeutet.

So wenig bestritten werden soll, daß der
„Vorwärts“ zu den wahrhaft braven Kindern
gehört, die Anspruch auf die Vorweihnachts-
gabe des heiligen Nikolaus erworben haben,
so sicher ist es, daß der „Vorwärts“ seinen
Lesern die wirkliche Nikolausgabe, die ihm
von Brüning gespendet wurde, verhüllt. Mit
dem dicken Papier nämlich, auf dem ge-
schrieben steht: Notverordnung Nr. 4. Dieses
Papier ist, wenn man genauer hinsieht, eine
Tüte, und diese Tüte verbirgt eine Rute, die
der brave Knabe „Vorwärts“ seinen Lesern
nicht zu zeigen wagt.

Sie ist trotz aller Bravheit im vergangenen
Jahr das Nachtgeschenk des heiligen Nikolaus.
Nur daß die Leidtragenden die Proletarier
sind.

Ein Lenin-Denkmal

K.K. In Leningrad wird im Hafen eine
Lenin-Statue errichtet werden, welche in ihren
Ausmaßen als das größte Denkmal der Welt
anzusprechen sein dürfte. Die Statue soll eine
Höhe von 110 Metern aufweisen und gleich-
zeitig als Leuchtturm verwendet werden. Sie
dürfte eine Nachahmung des bekannten
Leuchtdenkmales der New Yorker Freiheits-
statue darstellen.

Die französische Bevölkerungsziffer

Paris, 9. Dezember.

Nach der diesjährigen Volkszählung be-
ziffert sich die Bevölkerung Frankreichs auf
41 834 935 Personen; davon sind 38 944 012
Franzosen und 2 890 923 Ausländer. Im Jahre
1926 bestand die Bevölkerung Frankreichs
aus 38 248 255 Franzosen und 2 495 642 Aus-
ländern.

In zehn Stunden von Europa nach Amerika

CNB. Berlin, 9. Dezember. Professor Pie-
card, der auf seiner Ballonfahrt bekanntlich
eine Höhe von 16 000 Metern erreichte, spricht
in der neuesten Ufa-Tonwoche über den künf-
tigen Luftverkehr durch die Stratosphäre. Da-
bei macht er die aufsehenerregende Mitteilung,
daß er in nicht allzu ferner Zeit mit einem be-
sonders konstruierten Flugzeug in zehn
Stunden von Europa nach Amerika
fliegen werde. Die ersten Probeflüge würden
vielleicht schon im Frühjahr nächsten Jahres
stattfinden.

Lynchakte ohne Ende

Lewisburg (Westvirginia), 10. Dez.

Zwei Neger, die wegen der Ermordung
von zwei Polizeibeamten verhaftet worden
waren, wurden von einer sechzigköpfigen
Menschenmenge aus dem Gefängnis her-
ausgeholt und an eine Telegraphen-
stange gehängt.

Zur Verschleierung des Lohnabbaus:



Der „Preisabbaukommissar“
Dr. Goerdeler, Oberbürgermeister
von Leipzig

Die in ihre Hände fallen . . .!

ROMAN von JUSTIN RICHTER

(Copyright by Grefenverlag, Rudolstadt)

22. Fortsetzung

27.

„In der Sache hier könnten Sie den Be-
schluß machen,“ sagte der Amtsrichter Dr.
Schubert zu dem Referendar, der ihm zum
Zweck der Vorbereitungspraxis zugeteilt war.
Dabei hat er ihm die Akten in Sachen Augusta
Wehner wegen Fürsorgeerziehung hin-
geschoben.

Mit Eifer stürzte sich der Referendar auf
die Arbeit. Er las die Akten durch. Er stu-
dierte die beigezogenen Akten der Polizei in
Sachen Hedwig (genannt Hedi) Wehner wegen
gewerbsmäßiger Unzucht und in Sachen gegen
dieselbe wegen Kuppelei, ebenso die Akten
gegen Lotte Schwarz wegen gewerbsmäßiger
Unzucht. Der Vormittag war damit aus-
gefüllt.

Am Nachmittag saß der Referendar brü-
tend hinter seinen Akten, als der Amtsrichter
das Zimmer betrat.

„In welchem Sinn soll ich denn den Be-
schluß machen?“ fragte der Referendar
seinen Vorgesetzten.

„Selbstverständlich auf Anordnung der
Fürsorgeerziehung und Einschaffung in eine
Erziehungsanstalt.“

Wieder vertiefte sich der Referendar in
sein Aktenbündel.

Ein paar mal warf der Amtsrichter seinem
Referendar prüfende Blicke zu. Der saß an
seinem Tisch und kaute am Federhalter. Er
las in den Akten, er blätterte im Gesetz, er

holte sich einen Kommentar zum Gesetz, er
studierte lange Zeit darin, blätterte wieder
in den Akten und saß dann wieder dort und
kaute an seinem Federhalter.

Eine Weile verhielt sich der Amtsrichter
ruhig, als er aber immer wieder sah, wie der
Referendar, am Federhalter kauend, mit ver-
zweifelmtem Gesichtsausdruck in die Luft
stierte, riß ihm die Geduld und er sagte:

„Was ist denn, Herr Kollega, bringen Sie
denn die Sache nicht fertig?“

„Nein,“ erwiderte dieser, „ich bring's nicht
fertig. Im Gesetz heißt's doch, es muß der
Eintritt der gesetzlichen Voraussetzungen
unter Bezeichnung der für erwiesen erachteten
Tatsachen festgestellt werden. Ich kann aber
keine Tatsachen finden, die erwiesen sind und
ich finde auch keine gesetzlichen Voraus-
setzungen, die eingetreten sind. Was in den
Akten steht, ist alles Altweibergeschwätz ohne
Sinn und Inhalt. Ich sehe aus den Akten
nur, daß die Wehners gehässige Nachbarn
haben, die ihnen gerne etwas antun möchten,
aber sie können ja gar nichts vorbringen, was
nur irgendwie für eine Verwahrung sprechen
würde.“

„So ist die Sache nicht,“ belehrte ihn der
Amtsrichter, „es ist ja hier nicht wie bei
einem Urteil in einer Strafsache, daß man
einen genau umrissenen Tatbestand als erfüllt
feststellen muß. Hier handelt es sich immer
nur um richterliches Ermessen. Der Begriff
Verwahrung ist nicht ein gesetzlich fest-

gelegter Begriff wie etwa — um nur irgen-
ein Beispiel zu gebrauchen — der Begriff
Diebstahl, sondern das ist mehr Empfindungs-
sache. Man kann darunter verstehen, was
man will. Und dann braucht ja gar nicht
nachgewiesen zu werden, daß wirklich eine
Verwahrung eingetreten ist, wir haben ja
auch die vorbeugende Fürsorgeerziehung zur
Verhütung der Verwahrung, und das kann
man immer annehmen und immer begründen,
ganz egal wie der Fall liegt.“

„Ja aber,“ wagte der Referendar einzu-
wenden, „die Fürsorgeerziehung kann man
doch nur anordnen, wenn eine wirkliche Not-
wendigkeit dazu gegeben ist und wenn es gar
kein anderes Mittel mehr gibt, um den Jugend-
lichen zu retten. So steht's in den Vollzugs-
vorschriften.“

„Mit solchen Sentimentalitäten kommen Sie
nicht weit,“ verwies ihn der Richter, „wenn
Sie sich derartige Gefühlsduseleien nicht ab-
gewöhnen, so werden Sie niemals ein brauch-
barer Beamter werden. Ich will Ihnen einmal
sagen, wie der Fall in Wirklichkeit liegt und
wie ich die Sache beurteile. Sie sehen doch
aus den Akten, daß der Bürgermeister per-
sönlich den Antrag auf Anordnung der Für-
sorgeerziehung gestellt hat. Der Mann weiß
schon, was er will. Der wird schon seinen
Grund haben, wenn er aus den Akten auch
nicht ersichtlich ist und nicht festgestellt
werden kann. Den Bürgermeister kenne ich
genau. Er ist ein Kartellbruder von mir. Wir
kennen uns seit der Studenzeit und sind
auch jetzt befreundet. Wenn der Mann einen
Antrag stellt, dann ist er eben begründet, da
brauche ich weiter keine Beweise und da lasse
ich mir von keinem Dr. Geyer und von keinem
anderen sonst etwas vormachen. Und dann,
sehen Sie doch einmal an, wir müssen doch
die Autorität der Verwaltungsbehörden

schützen. Wenn die Verwaltungsbehörde einen
solchen Antrag bei uns stellt und wir weisen
ihn ab, so verlieren die Leute doch jeden
Respekt vor dem Jugendamt und vor dem
Bürgermeister. Die Leute lachen sich dann
ins Fäustchen und sagen, die haben's bei mir
einmal versucht, aber fertiggebracht haben sie
doch nichts. Und was ist dann? Dann kann
die Verwaltungsbehörde ihre Funktionen über-
haupt nicht mehr erfüllen, weil bei den Leuten
der Respekt und die Furcht fehlt. Das gäbe
nacher nette Zustände. Nein, da tu' ich nicht
mit. Ich stütze die Autorität des Jugend-
amtes und die Autorität des Bürgermeisters,
wenn's auch vielleicht im einzelnen Fall einen
Beteiligten hart trifft, aber ich diene damit
der Staatsautorität und das ist die Haupt-
sache.“

Erstaunt guckte der Referendar seinen
Lehrmeister an. So hatte er sich die Praxis
der Gesetzesanwendung nicht vorgestellt.

28.

Am Nachmittag des Heiligen Abends war
Hedi damit beschäftigt, den Christbaum zu
schmücken. Da schellte die Flurglocke.

Der Briefträger stand draußen und über-
gab ihr einen Brief in blauem Kuvert.

„Ein Weihnachtsgeschenk vom Amts-
gericht,“ sagte er dazu.

Erstaunt las Hedi die Adresse:
„An die minderjährige Augusta Wehner in
Weinsburg, Ziegelstraße 1.“

Sie riß den Umschlag ab und las folgendes:

Beschluß.

Ueber die minderjährige Augusta Wehner
wird die Fürsorgeerziehung verhängt und
deren Verbringung in eine Erziehungsanstalt
angeordnet.

(Fortsetzung folgt)

Die neue Reparationsoffensive

Auf gefährlichen Wegen

Für jeden Kundigen ist es zumindest seit dem Frühjahr klar, daß es nicht die nebensächlichste Absicht Brüning's ist, die herrschende Krise zu einer neuen und endgültigen Wiederaufrichtung des eigentlich seit dem Weltkrieg niemals von der Tagesordnung abgesetzt gewordenen Reparationsproblems zu benutzen. Der erste Vorstoß in dieser Richtung erfolgte sogar noch um eine gute Portion robuster, als dem Kanzler mit dem fast ätherischen Aeußeren zugetraut wurde. Was keiner vor ihm bisher wagte, das nahm sich Brüning heraus, indem er in dem Begleittext zu der großen Juni-Notverordnung erstmalig und offiziell den bisher nur in der nationalistischen Presse üblichen Ausdruck „Tribute“ anstelle der bisher üblichen Bezeichnung „Reparationen“... Wiedergutmachung übernahm. Die Wirkung blieb freilich nicht aus: im Ausland, wo man ein sehr viel besseres sprachliches Unterscheidungsvermögen besitzt wie in Deutschland, nahm das Wort „Tribute“ den Klang einer Fanfare an, der aber in erster Linie die Mauern des deutschen Kredits im Ausland erschütterte und dessen Hauptleidtragender somit gerade Deutschland war. Nur ein Glücksfall hat damals das argste Unheil von Deutschland abgewendet. Besorgt darum, daß mit dem deutschen Kreditgefüge auch jene Milliarden in die Luft gesprengt würden, die Dollaramerika in einem Goldrausch in Deutschland investiert hatte, verkündete der oberste Anwalt des amerikanischen Kapitalismus, der Präsident Hoover, sein berühmte Feiern für die Reparationszahlungen und gewährte somit Deutschland eine Atempause, deren beglückende Folgen freilich mehr als aufgewogen waren durch die Schäden, die Brüning's Husarenritt in der Reparationsfrage Deutschlands verurteilt hatte.

Der Generalangriff

Nunmehr hält Brüning den Augenblick für gekommen, um zum zweiten und entscheidenden Angriff auf die Reparationen überzugehen. Rein äußerlich scheinen die Umstände dem Unterfangen nicht ungünstig zu sein. Das Ausland, insbesondere England und Amerika, sitzt mit großen, in die Milliarden gehenden kurzfristigen Krediten in Deutschland fest und hat sich bereits zu einem Stillhalte-Abkommen bequemen müssen, das Ende Februar abläuft. Soweit bei dessen Abschluß die Hoffnung mitgesprochen haben sollte, daß bis dahin die Wirtschaftslage Deutschlands sich zum Guten gewendet haben möge, so daß zu einer Abberufung der Kredite kein dringender Anlaß mehr vorliege, hat die weitere Entwicklung dies bereits als eine Illusion erwiesen. Die deutsche Privatwirtschaft hat ihren katastrophalen Abstieg seitdem noch fortgesetzt. Der Sturm der Krise hat die Finanzlage selbst derjenigen Unternehmungen erschüttert, die sich noch vor kurzem des Rufes einer fast vorbildlichen Solidität erfreuten. Überall grinst der Pleitegeier und gleichzeitig haben die Verhandlungen im Favag-Prozess ein Bild derart abgrundtiefer Geschäftsmoral enthüllt, daß auch die letzten Reste des Vertrauens in das deutsche Unternehmertum geschwunden sind. Es läßt sich den auch bereits mit Bestimmtheit voraussehen, daß das Auslandskapital — und mit ihm große Teile des mobilen inländischen — nur auf den Augenblick wartet, daß es die Flucht über die deutschen Grenzen antreten und größere Sicherheit versprechende Gefilde aufsuchen kann.

Brüning's Spekulationen

Hier nun setzen die reparationspolitischen Spekulationen Brüning's ein. Dem Ausland wird bedeutet, daß die ungestörte Rückwanderung seiner in Deutschland untergebrachten Guthaben die Aufhebung und Beseitigung des Reparationsdruckes auf Deutschland zur Voraussetzung habe und in diesem Sinne ist der Vertreter Deutschlands inzwischen auch in dem Reparationsausschuß der Bank für Internationale Zahlungen vorstellig geworden. Das Ausland steht also gewissermaßen vor der Wahl, die politischen, mit dem Youngplan resultierenden Forderungen zugunsten der privaten zu streichen, und da letztere Ansprüche privater Kapitalisten, die anderen aber Ansprüche der Staaten sind, so ist es wohl erklärlich, daß der von Brüning geforderte Verzicht nicht ohne weiteres in Kapitalistenkreisen auf Ablehnung stößt, zumal das ausländische Unternehmertum auch die begründete Befürchtung hegt, daß die Deutschland aufgehaltenen Reparationslasten dieses auf die Dauer zu einem forcierten Export zwingen und damit dessen eigene, ohnehin heiß umstrittene Absatzsphäre zu gefährden drohen.

Widerstände

Indessen fehlt es auch nicht an Widerständen. Das französische Kapital ist dem deutschen Kreditmarkt bisher konsequent aus dem Wege gegangen und hat direkte Benachteiligungen durch eine eventuelle Verlängerung des Stillhalte-Abkommens für die kurzfristigen Kredite nicht zu befürchten. Mit einigen Einschränkungen gilt dies auch im großen und ganzen von der möglichen Forcierung des deutschen Exports, da Frankreichs industrielle Struktur von derjenigen Deutschlands in sehr starkem Maße abweicht. Andererseits spielen die Reparationsseinnahmen im französischen Haushalt eine große Rolle, die Summen, die Frankreich einbüßt, muß es in Form von Steuern vom eigenen Volke erheben, wenn es sich nicht zu entsprechenden Ersparnissen entschließen kann. Nun fehlt es in dieser Beziehung nicht an unverständlichen Ratschlägen. Namentlich wird — nicht zuletzt von deutscher Seite — auf die überaus hohen französischen Rüstungsausgaben verwiesen, doch ist das gerade derjenige Posten, an dem Frankreich keine Einschränkung der Ausgaben duldet. Mit wachsender Angst ist Frankreich Zeuge, wie der gegen Frankreich dressierte Nationalismus in Deutschland von

Tag zu Tag anschwillt, und sieht bereits den Zeitpunkt kommen, wo Deutschland die Garden vom Hakenkreuz und Stahlhelm als freie „letzte Reserve“ — wie sich der allzeit unvorsichtige Treviranus kürzlich ausdrückte — gegen die Siegelbewahrer von Versailles ins Treffen führt.

Generalfeldmarschälle im Hintergrund

Leider kann man nicht einmal behaupten, daß der Argwohn Frankreichs gegenüber Deutschland durchaus unbegründet sei. Der Anzeichen dafür, daß es für die herrschende Klasse in Deutschland um wesentlich mehr gehe als nur um eine Befreiung von den Reparationen, sind zu viele, als daß sie zu übersehen wären. Dazu ist nicht nur die Erinnerung an die verschiedenen deutschen Vorstellungen im Schoße der „Vorbereitenden Vorbereitungskommissionen“ für die Abrüstungskonferenz des Völkerbundes noch viel zu frisch, sondern auch die Erklärungen, die Groener bei der Übernahme des Reichsinnenministeriums abgab, ließen wohl nicht ohne Absicht viel zu vielen Deutungen Raum, als daß Frankreich sich in beschaulicher Ruhe wiegen könnte. Entscheidender noch aber ist dies: an allen Landesgrenzen toben in dieser Zeit die denkbar heftigsten Wirtschaftskämpfe. Ein fieberhafter Zoll-, Kontingentierungs- und Lizenz-Krieg ist entbrannt, wie ihn die Welt noch nicht erlebt hat. Nach Lage der Dinge kann dies nur das Vorspiel zu Aergern sein. Mit Bestimmtheit läßt sich schon heute der Zeitpunkt voraussehen, wo die rein wirtschaftlichen Waffen zur Ausprägung der sich mehrenden Gegensätze auf dem Weltmarkt nicht mehr genügen und statt der Generaldirektoren die Generalfeldmarschälle in Front treten.

Geht es nur um Reparationen?

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß auch — und gerade — in Deutschland mit solchen Möglichkeiten, weil sie kapitalistischen Notwendigkeiten entsprechen, gerechnet wird, und daß auch der von Brüning inszenierte Kampf in seinem tiefsten Grunde gar nicht den Reparationen, sondern den „Fesseln von Versailles“ gilt, dem die Kriegserklärung gegen die Reparationen nur als Vorwand dient. Tatsächlich ist nicht zu erkennen, daß die Reparationen — gleichgültig wie man zur Frage ihrer Berechtigung stehen mag — jenes Gewicht haben sollen, das ihnen in Kreisen des deutschen Nationalismus zugeschrieben wird. Benedikt Kautsky hat in einem mit ebenso großer Klugheit wie Exaktheit geschriebenen Buch *) nachgewiesen, daß die Gesamtsumme dessen, was Deutschland seit dem Kriegsende bis zum Inkrafttreten des Youngplanes an Reparationen und verwandten Leistungen auf-

*) „Reparationen und Rüstungen“, Heß & Co. Verlag, Wien-Leipzig.

gebracht hat, ganzen 6 1/2 Prozent des Volkseinkommens derselben Zeit entsprach. Das ist eine derart minimale Größe, daß es einfach lächerlich wirkt, wenn behauptet wird, die Reparationen hätten die Weltwirtschaft de-rangiert. Kautsky steht denn auch gar nicht an, die Versuche, neuen ursächlichen Zusammenhang zwischen der gegenwärtigen Weltkrise und den Reparationen herzustellen, als eine „maßlose Uebertreibung“ zu bezeichnen und zu erklären: „Diese Anschauung, die von den Nationalsozialisten verbreitet wird, ist nichts als ein Ablenkungsmanöver, das sie zugunsten des wahren Schuldigen, des kapitalistischen Systems versuchen.“

Das Interesse des deutschen Kapitalismus

Einen andern Sinn kann das Reparationsgeschrei der Nationalsozialisten tatsächlich auch gar nicht haben, es sei denn, daß zugleich gegenüber der deutschen Bevölkerung die Tatsache verdeckt werden soll, wie sehr es der Kapitalistenklasse in Deutschland gelungen ist, sich selbst auf Kosten der breiten Massen von einem Beitrag zu diesen Leistungen zu befreien. Gleichwohl ist auch die deutsche Kapitalistenklasse an einer Beseitigung der Reparationslasten nicht ganz uninteressiert. Die Summen, die Deutschland alljährlich zum Zwecke der Zahlungen an das Ausland an Steuern von der Bevölkerung herauspressen muß, gehen der inneren Kapitalbildung verloren, ein Zusammenhang, auf den Benedikt Kautsky in seinem Buche ebenfalls verweist. Beseitigung der Reparationen würde also bedeuten, daß sich der Spielraum der Ausbeutung des arbeitenden Volkes für die deutsche Kapitalistenklasse erweitert. Dies ist das einzige Interesse, das der deutsche Kapitalismus an einer Aufhebung der Reparationen hat. Die Arbeiterklasse selbst zöge daraus keinerlei Gewinn und jedenfalls müßte sie es ablehnen, den Streit darüber, welcher der verschiedenen nationalen Kapitalismen ihr das Fell über die Ohren ziehen darf, zum Gegenstand eines eigenen Kampfziels zu machen.

In den Spuren des Nationalismus

So selbstverständlich das eigentlich ist, so wenig ist dies bisher von den maßgebenden Organisationen der deutschen Arbeiterklasse begriffen worden. Die Sozialdemokratische Partei hat sich zwar wie keine andere Partei in Deutschland für eine friedliche Verständigung in der Reparationsfrage engagiert und sich damit direkt mit der Verantwortung für Dawes- und Young-Plan belastet, während das an diesen Vertragswerken ungleich interessiertere deutsche Bürgertum händereißend und schmunzelnd daneben stand — in Wirklichkeit den Inhalt der Pläne weitestgehend seinen ureigenen Interessen anpaßte —, aber eine klare

Distanzierung von den reparationspolitischen Zielen des Bürgertums ist von seiten der Sozialdemokratie doch eigentlich niemals erfolgt. Die Bande, die seit dem 4. August 1914 zwischen ihr und dem Bürgertum geknüpft worden sind, standen der Freiheit einer rein klassenmäßigen Beurteilung der Reparationsfrage stets im Wege, wie dieselben Bande die Sozialdemokratie ja auch von jeher an einer wirklichen öffentlichen Abrechnung mit den deutschen Kriegsverbrechern gehindert haben. Die Kommunisten wieder haben in vollkommener Verkennung der Zusammenhänge oder — was ebenso schlimm ist — aus purer Agitation den Kampf gegen die Reparationen direkt in ihr Aktionsprogramm aufgenommen und dadurch der nationalsozialistischen Verführung der Arbeiterklasse ungewollt ebenso großen Vorschub geleistet, wie die Nationalsozialisten gewollt. Und die freien Gewerkschaften? Im großen und ganzen lehnten sie sich an die von der Sozialdemokratie gezogene Linie an, wenn es auch nicht gelegentlich an starken Ausfällen in die reparationspolitische Richtung des Kommunismus und des Nationalsozialismus fehlte.

Heute scheinen indessen auch bei den freien Gewerkschaften alle Hemmungen in dieser Hinsicht gefallen zu sein. Mit dem Aufbruch der Spitzengewerkschaften, in dem ausdrücklich erklärt wird, daß „die Deutschland auferlegten Reparationsverpflichtungen eine der wesentlichsten Ursachen für die weltwirtschaftlichen Störungen der Nachkriegszeit geworden sind“, ist auch deren endgültige Einschwenkung in die Front des Nationalsozialismus und -bolschewismus vollzogen. Damit verfallen aber auch sie dem Urteil, das Benedikt Kautsky im Hinblick auf die Nationalsozialisten ausgesprochen hat.

Reparationen oder Revanche?

Es ist kaum möglich, die ganze Größe der Gefahren zu verkennen, die die Gewerkschaften damit für die ganze Arbeiterklasse heraufbeschwören. Nicht nur trüben sie dadurch eine in durchsichtiger Klarheit vorhandene soziale Situation, indem sie den Kapitalismus von seiner ebenso fürchterlichen wie wahren Verantwortung entlasten, sondern sie schieben die Arbeiterbataillone auch genau wieder dahin, wo sie am 4. August 1914 zu ihrem eigenen Verhängnis gestanden haben. Und leider ist die Situation der damaligen auch viel zu ähnlich, als daß man nicht mit Schrecken der weiteren Entwicklung entgegensehen müßte. Denn sagt das deutsche Bürgertum heute auch „Reparationen“, gemeint ist ungleich mehr. Gemeint ist — darüber kann kein Zweifel mehr bestehen — die Freiheit der Aufrüstung für Deutschland, gemeint ist die Sprengung der „Fesseln von Versailles“, gemeint ist nicht Reparation des Krieges, sondern Reparation des Friedens, gemeint ist Revanche.

Die Notverordnung vom 8. Dezember 1931

VII. Sicherung der Haushalte

1. Umsatzsteuer

Mit Wirkung vom 1. Januar 1932 wird die Umsatzsteuer 2 Prozent betragen. Dabei wird das Brot von der Umsatzsteuererhöhung ausgenommen. Das gleiche gilt für Getreide, Mehl, Schrot oder Kleie aus Getreide sowie die anderen daraus hergestellten Backwaren. Bei diesen bleibt der Steuersatz unverändert, so daß auch jede Veränderung des Getreide-, Mehl- oder Brotpreises dadurch vermieden wird (?). Neu eingeführt wird im System der deutschen Umsatzsteuer die Besteuerung des Einbringens von Gegenständen in das Inland. Die Steuer wird zum allgemeinen Satze von 2 bzw. bei Getreide, Mehl und Backwaren von 0,85 Prozent zusammen mit dem Zoll von den Zollämtern erhoben. Ausgenommen von der Ausgleichsteuer sollen nur bestimmte Roh- und Hilfsstoffe werden, die für die deutsche Produktion erforderlich sind und im Inland nicht oder in nicht ausreichender Menge erzeugt werden.

Neben der Aenderung des Umsatzsteuersatzes ist die wichtigste Aenderung auf dem Gebiete der Umsatzbesteuerung die dem Reichsminister der Finanzen gegebene Ermächtigung, für bestimmte Gegenstände oder Gruppen von Gegenständen die

Phasenpauschalierung einzuführen. Diese bedeutet im Gegensatz zum jetzigen deutschen Umsatzsteuersystem, das jeden einzelnen Umsatz erfaßt (Mehrphasensteuer), die Zusammenfassung der Besteuerung mehrerer oder aller Umsätze in einer Phase (Stufe). Die Phasenpauschalierung dient auch zu einer Gleichstellung der mehrstufigen mit den konzentrierten Betrieben. Es ist beabsichtigt, auf dem Gebiete der Textilwirtschaft die Phasenpauschalierung einzuführen.

Hinsichtlich der erhöhten Umsatzsteuer ist darauf hinzuweisen, daß diese bei den in Betracht kommenden Unternehmen vom 1. Januar 1932 ab 2,5 Prozent beträgt, jedoch für Lieferungen von Getreide, Mehl und Backwaren wie bisher 1,35 Prozent.

Das Mehraufkommen wird auf das Jahr gerechnet mit 900 Millionen Mark veranschlagt. Hiervon erhalten die Länder und Gemeinden 30 Prozent.

2. Die Einkommensteuervorauszahlungen

Zur Deckung des Fehlbetrages, der sich im Reichshaushalt 1931 ergibt, sollen nunmehr die am 10. April 1932 fälligen Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer und Körperschaftsteuer auf den 10. März 1932 vorverlegt werden. Auch die im Rechnungs-

Jahr 1932 fällig werdenden Vorauszahlungen sind nach näherer Bestimmung des Reichsfinanzministers entsprechend früher zu zahlen.

3. Reichsfluchtsteuer

Durch die neuen Vorschriften sollen nur die Personen getroffen werden, die besonders leistungsfähig sind und aus Gründen, die volkswirtschaftlich nicht gerechtfertigt sind, ihren Wohnsitz ins Ausland verlegen. Demgemäß beschränken sich die Vorschriften auf deutsche Staatsangehörige, die am 1. Januar 1928 oder am 1. Januar 1931 ein steuerpflichtiges Gesamtvermögen von mehr als 200 000 Mark oder im laufenden oder in den beiden vorangegangenen Steuerabschnitten ein Einkommen von mehr als 20 000 Mark gehabt haben. Die einmalige außerordentliche Steuer ist auf ein Viertel des gesamten steuerpflichtigen Vermögens bemessen.

4. Steuersteckbrief

Die Reichsregierung ist sich aber darüber klar, daß — ebenso wie Personen in den vergangenen Jahren hinausgegangen sind — auch in Zukunft ein Hinauskommen möglich sein wird. Daher muß das Schwergewicht darauf gelegt werden, daß den ausgewanderten oder noch demnächst auszuwandernden Personen der auch nur vorübergehende Aufenthalt im Inland unmöglich gemacht wird. Zu diesem Zweck ist eine außerordentliche Maßnahme vorgesehen: das Finanzamt soll gegen den Steuerpflichtigen einen Steuersteckbrief erlassen. Der Steuersteckbrief enthält die Aufforderung, den Steuerpflichtigen, falls er im Inland betroffen wird, vorläufig festzunehmen und ihn unverzüglich dem Amtsrichter vorzuführen. Außerdem hat das Finanzamt das im Inland befindliche Vermögen des Steuerpflichtigen mit Beschlag zu belegen.

Die Nichtzahlung der Reichsfluchtsteuer wird mit Gefängnis nicht unter 3 Monaten bestraft. Neben der Freiheitsstrafe ist auf Geldstrafe zu erkennen; der Höchstbetrag der Geldstrafe ist unbeschränkt.

5. Die Steuer für Wertpapiergeschäfte, die die Banken in sich ausgleichen, wird wieder eingeführt.

6. Lockerung der Realsteuersperre.

Die Notverordnung sieht für das letzte Viertel des Rechnungsjahres 1931 für die Gemeinden, deren Realsteuersätze unter dem Landesdurchschnitt liegen, die Möglichkeit einer Erhöhung der Sätze bis zum Landesdurchschnitt vor.

6. Auf Grund der vorher erörterten Etatsmaßnahmen ergibt sich nach Meinung der Reichsregierung folgendes Etatsbild:

Der im September von der Reichsregierung erneut aufgestellte Haushalt für 1931 schließt im ordentlichen und außerordentlichen Haushalt auf der Einnahme- und Ausgabenseite mit 9 150 Millionen RM ab. Im Rechnungsergebnis für 1930 betragen die Gesamtausgaben einschließlich der Reste 11 985 Millionen RM. Somit ist der Ausgabenstand im Reich um fast 3 Milliarden gesunken. Etwa zur Hälfte beruht diese Senkung auf der Verminderung der Reparationszahlungen infolge des Hoover-Jahres. Bei den Einnahmen ist mit einem Minderaufkommen von rund 850 Millionen gegenüber dem Rechnungsergebnis von 1930 gerechnet worden. Nach den Ergebnissen des steuerlichen Aufkommens in den Monaten September bis November muß mit einem weiteren Ausfall von rund 200 Millionen im Jahre 1931 gerechnet werden. Dazu kommt, daß bei der Kapitalmarktfrage in Deutschland der Erlös aus dem Verkauf von 150 Millionen Vorzugsaktien der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft, der als Einnahme in den Etat eingestellt war, nicht aufkommen wird. Der hieraus sich ergebende Fehlbetrag wird durch das Aufkommen aus dem Münzgewinn und durch die Maßnahmen der Notverordnung, die Kürzung der Gehälter vom 1. Januar ab, die Erhöhung der Umsatzsteuer auf 2 Proz. und die Vorverlegung der Einkommensteuerzahlung des April auf den März gedeckt. Somit ist der Haushalt des Reichs gedeckt, auch wenn die bisher für die Unterstützung der durch Wohlfahrtserwerbslosenlasten besonders belasteten Gemeinden vorgesehenen 230 Millionen RM im Verlaufe des Winters nicht ausreichen sollten, sondern erhöht werden müßten.

Die vom 1. Januar ab vorgesehene weitere Gehalts- und Lohnsenkung bei den Beamten, Angestellten und Arbeitern beträgt 10 vH. Da die Kürzung bei den Beamten und Angestellten an den vor den bisherigen Kürzungen festgesetzten Dienstbezüge vorgenommen wird, ist in der Verordnung ein Kürzungssatz von 9 vH vorgeschrieben; dieser Satz bedeutet jedoch eine Kürzung der jetzigen Bezüge um etwas mehr als 10 vH. Der Haushalt für das Jahr 1932 würde sich, wenn die Reparationslast die gleiche bleibt wie unter dem Hoover-Plan, auf der Einnahmenseite auf 7 830, auf der Ausgabenseite auf 8 790 Mill. belaufen. Hierbei ist davon ausgegangen, daß das Steueraufkommen gegenüber dem voraussichtlichen Istergebnis von 1931 um rd. 700 Mill. gegenüber dem Istergebnis von 1930, also um rd. 1 1/4 Milliarden zurückbleiben wird.

Der Fehlbetrag von 960 Mill. wird dadurch gedeckt, daß infolge der Gehalts- und Lohnkürzungen eine Ersparnis von rd. 200 Mill. eintritt und die Erhöhung der Umsatzsteuer rd. 700 Mill. erbringt. Der verbleibende Fehlbetrag von 60 Mill. wird durch weitere Ersparnis zugedeckt, die sich infolge der Miet-, Freis- und Zinssenkung bei den sozialen Ausgaben erzielen lassen. Der Etat 1932 würde damit auf Einnahme und Ausgabe mit 8 530 Mill. abschließen. Das bedeutet gegenüber dem Rechnungsergebnis des Jahre 1930 eine Senkung um rd. 3 1/2 Milliarden.

Der hessische Landtag ist eröffnet

Am selben Tage, an dem Brüning seine Notverordnung der Öffentlichkeit übergibt, ist in Darmstadt der neue hessische Landtag zu seiner Eröffnung zusammengetreten. Parlamente sind heutigen Tages

nur Attrappe, und gar zu einem hessischen Landtag weiß man gar nicht mehr, was er noch zu suchen hat. Er ist nicht nur von der Ueberflüssigkeit, zu der die jüngste politische Entwicklung, die durch die Notverordnungspraxis am deutlichsten gekennzeichnet ist, jegliche „Volksvertretung“ verurteilt, sondern schon seit dem ersten Wort vom „Einheitsstaat“ gefallen ist, erwartet man mit dem Verschwinden seines Landes auch seinen Untergang in der Versenkung. Inzwischen aber ist er bei allem Attrappencharakter noch einmal zu einer gewissen relativen Bedeutung aufgelaufen, nämlich als Gradmesser dessen, was sich an Politischem hinter den Kulissen abspielt, wieweit sich hinter den Kulissen abspielt, von uns aus gesehen also vor allem als Barometer, wieweit die bürgerliche Einheitsfront unter dem Zeichen des politischen Faschismus Wirklichkeit geworden ist. In dieser Hinsicht war die Eröffnungssitzung am Dienstag, deren Ergebnis politisch ohne Rang war, sehr aufschlußreich.

Schon **die Wahl des Landtagspräsidenten,** noch mehr aber ihr Vorspiel, das sich der Beobachter aus den verlesenen Erklärungen der Fraktionen rekonstruieren konnte, erhalte eindeutig die Situation. Wenn der sozialdemokratische Abgeordnete Zinnkann erklärte, seine Fraktion werde einen eigenen Kandidaten aufstellen, weil in den Vorverhandlungen über die übliche demokratische Gepflogenheit keine Einigung zu erzielen gewesen wäre, so offenbart sich dahinter die Bereitwilligkeit der Sozialdemokraten, um der „Demokratie“ zu ihrem Recht zu verhelfen, auch für einen nationalsozialistischen Landtagspräsidenten zu stimmen, während die Nationalsozialisten zu der Gegenleistung, der Abstimmung für einen Sozialdemokraten als ersten Vizepräsidenten, sich nicht bereitfinden ließen. Eine Landtagspräsidentenwahl ist keine weltbewegende Angelegenheit, dennoch scheint uns gerade diese als Beispiel beachtenswert, wozu die bedingungslose Vergitterung der formalen Demokratie eine Arbeiterpartei wie die Sozialdemokratie führen kann. Faktisch zeigte dann die geschlossene Abstimmung von Nationalsozialisten und Zentrum für einen Nationalsozialisten (Prof. Werner) als Landtagspräsidenten und einen Zentrumsmitgliedern (Prof. Werner) als Landtagspräsidenten, daß man hier zumindestens willens ist, sich eine spätere Zusammenarbeit nicht von vornherein und prinzipiell zu verbauen. Diese zwei ersten Wahlen des neuen Landtags waren das erste gemeinsame Geschäft Nazi-Zentrum. Daß die Nazis dann als zweiten Vizepräsidenten den Sozialdemokraten Delp tolerierten, klingt zwar wie ein Hohn auf die SPD, ist aber sonst höchst nebensächlich.

Den zweiten Prüfstein für die politischen Unterkräfte, die unausgesprochen am Spiel waren, bildeten die von der KPD, der KPD und den Nazis in verschiedener Höhe beantragten Winterbeihilfen für die Erwerbslosen.

Von KPD-O und KPD wurde der Antrag auf Dringlichkeit und sofortige Erledigung des Antrages gestellt. Der nationalsozialistische Landtagspräsident Prof. Werner sprach sich nicht nur gegen diesen Antrag aus — er nahm Geschäftsordnungsgründe zum Vorwand —, sondern verteilte auch Winke mit dem Zaunpfahl an das Zentrum und seine Parteigenossen, indem er wiederholt feststellte, daß, wenn sich 10 Stimmen gegen die sofortige Beratung erheben würden, diese bis zur nächsten Sitzung ausgesetzt werde. Dennoch wagte zunächst keine der Parteien, sich für die Verschleppung einzusetzen. Als jedoch diese „Einheitlichkeit“ offenbar war, gab es bei den „großen Parteien“ lange Gesichter denn in Wirklichkeit war es niemandem im ganzen Bürgertum ernst mit der dringlichen Verabschiedung der Erwerbslosenbeihilfe. Während die kommunistischen Abgeordneten die Beratungen eröffneten, steckten sich die Köpfe zusammen, der nationalsozialistische Präsident verließ sein Präsidium, um die „Massage“ seiner Leute zu beginnen, und siehe da: auf einmal lag ein Antrag des Zentrums vor, die Angelegenheit dennoch zu vertagen, und der Nationalsozialist Lenz, der vorher die großen Töne für die Erwerbslosen geredet hatte, erhob sich, um den Unfall seiner Partei und ihre Zustimmung zu dem Zentrumsantrag bekanntzugeben, und die SPD-Fraktion, die bisher recht hilflos dagesessen hatte, schickte Widmann-Offenbach vor, um zu erklären, sie sei aus Geschäftsordnungsgründen gegen die sofortige Beratung. Resultat dieser ersten „staatsbewußten“ Einheitsfront Nazi-Zentrum-SPD gegen die Erwerbslosen war: Ueberweisung der Beihilfeanträge an die Ausschüsse und Vertagung des Landtags auf Freitag. Daß diesen Parteien, vor allem aber den so prompt umgefallenen Nazis, bei diesem Manöver doch nicht recht wohl war, zeigte die ängstliche Hast, mit der sie den von den proletarischen Vertretern (KPD, KPD-O, SAP) eingebrachten Antrag auf namentliche Abstimmung mit Geschäftsordnungsgründen hintertrieben. Sie sahen sehr wohl, daß sie vor den Massen draußen schlecht bestehen würden, und Zurufe von Erwerbslosen auf der Tribüne bestätigten das.

Fassen wir die Eindrücke der ersten Landtagsitzung zusammen, so bot zweifellos das

interessanteste Bild das schwankende Auftreten der stärksten Partei, der Nationalsozialisten. Während sie im Reichstag als „nationale Opposition“ mit Effekt in Prinzipienfestigkeit machen, schwand diese hier nach einigen anhänglichen großspürigen Worten ihres Redners Lenz wie Schnee in der Sonne. Die Nähe der Ministersessel machte sich schon deutlich bemerkbar, und die Rücksichten auf das zu gewinnende Zentrum, das ihnen das Präsidium gab, hatten sie schon in der Nachmittagsitzung mit ihrem Umfall in der Erwerbslosenfrage jene Ebene finden lassen, die sie in ihren Publikationen als „korrupten Parlamentarismus“ kennzeichnen. Wo den noch etwas tapsgen Pgs diese Schaukelei nicht sofort in der gewünschten Elastizität gelingen wollte, ist der Routinier Prof. Werner ein guter Lehrer, und er war es ja wohl auch, der den Unfall geschaukelt hat. Das Zentrum hat sich seiner Tradition würdig gezeigt, indem es seine Stellung ausnutzte, um einmal seine eigene Position zu sichern, zum andern, um für seine eigene Haltung die nötige Rückendeckung zu garantieren. Wie es in der ausgesprochenen Zusammenarbeit mit den Nazis diesen die großen Worte überließ, um sie dann im gegebenen Augenblick doch hüben zu haben, das ist auch ein Kunststück. Einen recht hilflosen Eindruck machte die sozialdemokratische Fraktion. Die prompte Einstellung des Zentrums auf die Nazis scheint hier manche Depression hervorgerufen

Die SAP im Mainzer Stadthaus

Nach der Auseinandersetzung in der Mainzer SPD höhnte das Mainzer Parteiblatt, dem hinausgeworfenen Redaktionsmitglied Ohlhof seinen nur 16 Parteimitglieder gefolgt. Eine Notiz dieses Inhalts wurde durch die ganze Parteipresse im Reich gejagt. Nach der Landtagswahl am 15. November konstatierte die „Volkszeitung“, die SPD sei in der Stadt von der ersten Stelle an die dritte Stelle gerutscht. Schuld daran sollte aber nun nicht die Politik der SPD sein, sondern jetzt mit einemmal Ohlhof mit seinen sechzehn Genossen. Der SAP war es gelungen, immerhin etwas über 1700 Stimmen in der Stadt Mainz, die durch die Politik der SPD vergrößert waren, aufzufangen und dem proletarischen Lager zu erhalten.

Zu ihrem großen Aerger mußte die SPD feststellen, daß von ihren Vertretern im Stadthaus sich drei zur SAP bekannnten, und zwar außer dem bisherigen Vorsitzenden der Stadtratsfraktion, dem Genossen Ohlhof, die Genossen Bell und Hahnenberger. Die SPD richtete an diese Genossen die Aufforderung, sie möchten ihre Mandate niederlegen. Dieser Aufforderung sind die Genossen selbstverständlich nicht gefolgt, denn sie haben ihre sozialistische Gesinnung, auf Grund deren sie in den Stadtrat von den Arbeitern gewählt wurden, nicht geändert, sondern sie sind gerade wegen ihrer sozialistischen Gesinnung mit der SPD in Konflikt geraten. Sie haben vielmehr dem Oberbürgermeister als dem Vorsitzenden des Stadtrats mitgeteilt, daß sie ihre Mandate weiter als Vertreter der SAP ausüben.

Würzburg

Glänzender Erfolg unserer öffentlichen Versammlung. Die Versammlung der SAP am 7. 12. im Pilsener Garten war von etwa 300 Personen besucht. Hunderte mußten umkehren, da der Saal schon um 20 Uhr wegen Ueberfüllung polizeilich gesperrt wurde. Genosse Portune, Frankfurt a. M., sprach über das Thema: „Warum SAP?“ Ausgehend von der Weltkrise des Kapitalismus, schilderte er das Versagen der SPD und der KPD im Kampf gegen den heutigen Klassenstaat. In den weiteren Ausführungen wies er darauf hin, daß der SAP die historische Mission zufällt, die Schaffung der Einheitsfront der Arbeiterklasse herzustellen. Der aus Nürnberg erschienene Vertreter der KPD, Genosse H. Heilbrunn, eröffnete die Diskussion. Durch sein gehässiges Auftreten und seine anmaßende Lehrrolle gegenüber dem Genossen Portune zeigte er seine politische Unwissenheit. Nachdem der Führer der Rathausfraktion der SPD, Genosse Brandmann, nicht den Mut gefunden hatte, die Angriffe des Genossen Portune gegen die Tolerierungspolitik der SPD zu widerlegen, sprach für die SPD Genosse Wedelin, ehemaliger Jungsozialist. Er verurteilt die Spaltung, billigte aber den politischen Standpunkt der SAP. Silbersack (chr.-sozial) unterstrich die Ausführungen des Genossen Portune und trat angesichts der drohenden faschistischen Gefahr für die Einheitsfront der Proletarier ein. In seinem Schlußwort widerlegte Genosse Portune sachlich die Ausführungen des Genossen Heilbrunn. Dies konnten die Kommunisten nicht mehr mit anhören und verließen teilweise den Saal. Hier zeigte sich wieder, wieweit die Idee der Einheitsfront bei der KPD gediehen ist. Mit einem Appell an die Genossen schloß Genosse Portune seine Rede und fand reichen Beifall. — Dienstag, den 15. Dezember, 20 Uhr, findet im Gewerkschaftsraum unsere Mitgliederversammlung statt. Gäste willkommen.

Werbt für die SAZ

zu haben. Die Aussicht auf das Geschäftskabinett, von dem man hier unglaublicherweise noch immer träumt, scheint dadurch sehr herabgedrückt — und damit jeglicher Eilan und jegliche Initiative geschwunden zu sein. Außer einer platonischen Kampferklärung gegen die Boxheimer, die entgegen der Hitlererklärung, sie seien bis zur Klärung der Hochverratsfrage von ihren Ämtern suspendiert, nicht nur anwesend waren, sondern auch z. T. in die Ausschüsse und der Dr. Best sogar als Schriftführer in das Büro des Landtags geschickt wurden, war die einzige aktive Tat die Solidaritätserklärung mit dem Zentrum-Nazi-Antrag auf Vertagung der Erwerbslosenanträge. Ein Warnungsbild ist diese Fraktion dafür, wozu eine Arbeiterpartei gerät, wenn sie ihren natürlichen Richtungspunkt, die Interessen der Arbeiterklasse zugunsten einer bedingungslosen Bindung an den bürgerlichen Staatsapparat aufgibt. Das Bürgertum hat sie nun entlassen... und sie stehen da, ohne Sinn und Ziel, freiwillig entwürzelt. Die proletarische Linke (KPD, KPD-O, SAP) war dafür um so aktiver für die Interessen der Arbeiterschaft, vor allem also der Erwerbslosen. Wenn sich der eine oder andere Redner der KPD auch bisweilen durch eigene Schuld um die Wirkung seiner Anträge brachte, so wurde für die Anträge, die nicht nur den Charakter einer Demonstration trugen, von dieser Seite geschlossen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln gearbeitet, um sie durchzusetzen. Das gilt also vor allem für die Erwerbslosenanträge. Bei diesen Anträgen war die proletarische Linke stets geschlossen. Aus einem Zusammengehen von Fall zu Fall wird sich im Interesse der Arbeiterklasse eine tiefere Zusammengehörigkeit über bestehende organisatorische Grenzen hinweg ergeben müssen.

Am kommenden Mittwoch soll die erste Stadtratssitzung nach der Spaltung der SPD abgehalten werden. Sie soll sich u. a. mit der Frage der Gewährung einer Weihnachtsbeihilfe an die Erwerbslosen beschäftigen. Zu dieser Sitzung haben unsere Genossen u. a. folgende eigene Anträge eingebracht:

- I. Der Stadtrat wolle beschließen:
1. In allen eingemeindeten Vororten sind mit größter Beschleunigung Aufenthaltsräume für Erwerbslose und ihre Familienangehörigen herzurichten. In diesen Wärmehallen sind Getränke wie Kaffee, Tee, Kakao, Milch zum Selbstkostenpreis abzugeben. Ferner ist in diesen Räumen an die Unterstützungsempfänger Mittagessen zu denselben Bedingungen abzugeben, wie in den Volksküchen.
2. Bei Erwerbslosen und sonstigen Wohlfahrtunterstützungsempfängern ist von der Erhebung von Verzugszinsen oder Verzugsgebühren für städtische Gefälle Abstand zu nehmen.
3. An Krisen- und Wohlfahrtunterstützungsempfänger sind Gas und Elektrizität zur Hälfte der Normal-Tarifsätze abzugeben.

- II. Der Stadtrat wolle beschließen:
Da die Erhebung des Wassergeldes zu großen Unzutruglichkeiten geführt hat und unverhältnismäßig große Verwaltungskosten verursacht, wird von der weiteren Erhebung des Wassergeldes in den städtischen Mietwohnungen Abstand genommen.

Köln

Die Buchdrucker zum Kampf bereit. In der Bezirksversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker im „Volkshaus“ zu Köln nahmen die freigeorganierten Buchdrucker Stellung zu dem Schiedspruch für das Buchdruckergewerbe, der einen neuen Lohnabbau vorsieht. Nach einem Referat des Kollegen Löschner und einer sachlichen Diskussion, in der die Kollegen Dobritz (KPD-O) und Klein (SAP) grundsätzlich Kritisches zur Gewerkschaftspolitik vorbrachten, wurde in einer Resolution festgelegt, daß die Versammelten nicht gewillt sind, den Lohnabbau hinzunehmen. „Die Kölner freigeorganierten Buchdrucker bringen hiermit zum Ausdruck, daß sie den Weisungen ihrer Zentralorganisation Folge leisten werden, jedoch unter der ausdrücklichen Betonung, daß der Zentralvorstand mit allen Mitteln die Verbindlichkeitserklärung des Schiedspruches verhindern muß und mit der Entschlossenheit der Gesamtkollengenschaft rechnet, jeglichen Lohnabbau aus eigener Initiative und mit eigenen Opfern abzuwehren.“

Ein Fehlurteil. Der Kommunist Liesendahl stand unter Anklage, auf Nationalsozialisten geschossen zu haben. Liesendahl bestritt energisch, schuldig zu sein. Eine Reihe Zeugen bestätigten seine Unschuld. Der Zeuge Kurt Wallheimer stellte fest, daß ein SA-Mann dem Polizisten mitteilte, er hätte den Falschen verhaftet. Ein anderer SA-Mann habe dazwischen gerufen: „Halt doch die Schnauze!“ Nach längerer Verhandlung wurde Liesendahl zu 2 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Nazi-Terror in Efferen. Am Samstag hielten die Nazis in Efferen b. Köln, eine Versammlung ab. Etwa 150 Mann SA waren zu diesem Zwecke aus Köln erschienen. Beim Abmarsch kam es am Ausgang des Ortes zu einer Schießerei zwischen der SA und ihren Gegnern. Die Nazis rissen die Pfähle der Umzäunungen heraus, schlugen nach Braunschweiger Vorbild die Fenster ein und fielen die Passanten an. Der SPD-Genosse Ernst Freyer wurde in viehischer Weise mißhandelt. Er liegt lebensgefährlich verletzt danieder.

Die Polizei nahm anschließend zahlreiche Verhaftungen vor. Ungefähr 30 Kommunisten befinden sich in Untersuchungshaft.

Dortmund

Ausverkauf bei der Stadt. Zu dem in der Ausgabe vom 6. Dezember d. J. gemeldeten Verkauf des städtischen Gutes „Bergerhof“ erfahren wir jetzt, daß der Ankaufpreis seinerzeit 152 000 Mark betrug, und weiter, daß es nach seinem Ausbau (es wurden für neue Stallungen, einen Schlacht- und Milchhof sowie neue Wohngebäude 330 000 Mark aufgewendet) zuletzt mit 480 000 Mark zu Buch stand. Der Verkauf erfolgte, weil der Hof einschließlich Zinsbelastung einen jährlichen Zuschuß von rund 50 000 Mark erforderte, und zwar zu einem Preise von 142 000 Mark (!!!). Der erste Kaufpreis wurde also um 10 000 Mark unterschritten. Für den Käufer ein immerhin lukratives Geschäft!

Essen

Bei den Aermsten wird gespart. Das Defizit der Stadt Essen beträgt 7,47 Millionen Mark. Aber so unerfreulich dies auch sein mag, das Haupt der Stadtverwaltung kann schmunzelnd vor die nächste Stadtverordnetenversammlung treten und den Herren vom Zentrum und den anderen Vertretern der großen Portemonnaies verkünden, daß wenigstens bei einem Etatposten das Soll bei weitem nicht erreicht worden ist, nämlich bei der Wohlfahrtspflege. Hier ist das ist um 2,3 Millionen Mark hinter dem Voranschlag zurückgeblieben. Mit anderen Worten: trotz der gewaltig gestiegenen Zahl der durch die Wohlfahrt zu Unterstützenden, trotz der beängstigend anwachsenden Not sind 2,3 Millionen Mark weniger verausgabt worden als vorgesehen waren. Fürwahr, Essen hat tüchtige Männer an der Spitze seiner Verwaltung, die da wissen, was sie dem Geldsack schuldig sind und wie sie des Geldsacks Vertrauen sich erhalten können.

Castrop-Rauzel

Der „freiwillige“ Arbeitsdienst in Westfalen. Im Landesarbeitsamtsbezirk Westfalen sind bisher 99 Maßnahmen des „freiwilligen“ Arbeitsdienstes, bei denen rund 3200 Arbeitsdienstwillige beschäftigt werden sollen, anerkannt worden. Bis Ende November hatten sich im ganzen Bezirk erst 1000 Arbeitslose „freiwillig“ zur Verfügung gestellt.

Selbst den Tod gesucht? Der Bergmann Regener, der auf der Schachtanlage „Victor 3/4“ der Klöckner-Werke beschäftigt ist und am 7. d. M. auf der dritten Sohle mit dem Vermauern einer alten Strecke beschäftigt war, verließ gegen Schichtende seine Kollegen, um noch einmal durch die alte Strecke zu gehen. Sie warnten ihn der Gefährlichkeit halber, doch vergebens. Als später festgestellt wurde, daß R. nicht ausgefahren war, wurde sofort eine Rettungskolonie auf die Suche geschickt, die ihn jetzt in einem schon lange ausgeraubten Stollen tot auffand.

Botrop

Die erste Monatsversammlung der Ortsgruppe der SAP war ein voller Erfolg. Neun Mitglieder der SPD gründeten vor kurzer Zeit nach schneller, überraschender Fühlungnahme — denn von Opposition war hier keine Spur — die Ortsgruppe. Bis zur ersten Versammlung war diese Zahl bereits auf 30 Mitglieder angewachsen. Vor diesen und den geladenen Gästen referierte der Genosse Rott über das Thema „Was will die SAP?“ Besonders ausführlich behandelte er die Entstehung des Reformismus und sein Versagen in der Krise des Kapitalismus. Die Aussprache war äußerst lebhaft. An ihr beteiligten sich auch als Gäste drei führende Mitglieder der KPD-Fraktion. Grundsätzlich waren sie mit den Ausführungen einverstanden. In sachlicher Weise versuchten sie trotzdem die Gründung der SAP als überflüssig hinzustellen und die Vorwürfe der SAP gegen die KPD zu entkräften. Es zeigte sich aber, daß man die Sünden vergangener Zeiten nicht durch eine Erklärung aus der Welt schaffen kann; denn der Erfolg der Diskussion waren die Beitrittserklärungen von 3 Gästen zur SAP.

Bei schlechtem Wetter fällt die Revolution aus. Die SAJ hatte in Verbindung mit dem Jungbanner zu einer Kundgebung gegen den Faschismus aufgerufen. Der Leiter der Versammlung suchte das Fehlen des „Volkes“ mit dem schlechten Wetter (!) zu entschuldigen. Zum erstenmal beteiligten sich unsere Genossen an einer öffentlichen Diskussion. Sie stießen, wie zu erwarten, in diesem Kreise auf eine Mauer des politischen Unverstandes. Das wird sie nicht entmutigen. Um sich der vielen Angriffe erwehren zu können, die von unseren Genossen kamen, erklärte schließlich der Jugendbezirkssekretär Hussang: „Preußen wird nicht in die Hände der Nazis fallen. Wenn die Nationalsozialisten bei den kommenden Preußenwahlen auch 50 Prozent der Stimmen erobern würden, so wird die Preußenregierung einfach nicht abtreten!“ Na, Sturmriemen herunter, und Braun wird es schon machen!

Ratingen

Für Freunde des Geräteturnens. Am Samstag, 20 Uhr, findet bei Essen („Ratinger Hof“) ein Städte-Gerätewettkampf im Kunstturnen statt. Es treffen sich die besten Geräteturner vom Turnverein 1895, Düsseldorf, Freiheit Eller, und Freie Turnerschaft Ratingen. Die Turnerinnen bringen gymnastische Übungen und Tänze zur Vorführung. Die Freie Turnerschaft verdient ein volles Haus, da sie zu jeder Zeit zur Verschönerung von Festlichkeiten zur Verfügung steht. Der Eintrittspreis ist sehr niedrig.

Bücher auf der Flucht

Der große Krieg war, wie es sich erweist, nicht geeignet, in den Völkern die Liebe zu Heimat und Scholle sonderlich zu festigen. Hatten es die diversen Vaterländer dank ihrem „klugen“ Wirtschaftssystem schon vorher schlecht vermocht, dem Bedürfnis ihrer Landeskinder, in eine bessere Fremde zu entwandern, etwa dadurch zuvorzukommen, daß sie sich alle ausreichend gesättigt hätten, so hat es sich nach dem Kriege erst recht herumgesprochen, daß im jeweiligen „zu Hause“ nichts mehr los ist. Wer nicht, wie es sich, den heutigen Zuständen in der Welt entsprechend, gehört, all seine Kräfte in den Dienst des Klassenkampfes stellt, um vermittels seiner der unerträglich gewordenen Welt menschenwürdige Lebensformen zu verschaffen, schweift von dem Ueberdruß und der Sinnlosigkeit allzu gern mit seiner Phantasie in die ferne Fremde, nicht glauben wollend, wie sehr die Zustände des eigenen zufälligen Vaterlandes den Zuständen aller Länder der Welt, in denen Zivilisation ist, entsprechen. Und wo ist keine Zivilisation, wo — so muß sich der nachdenkliche gequälte proletarische Mensch fragen — wo ist heute nicht: der Kapitalist? Sie haben bereits den ganzen Planeten gefressen; der Mensch, der leben will, kann ihnen gar nicht enttrinnen.

Seit Jahren mehren sich die Bücher, die von fernen Ländern sprechen. Kein Wunder, da sie gern gelesen werden von jedem, dem in der eigenen Haut und Heimat nicht mehr wohl ist. Aber, abgesehen davon, daß etwa einer der in proletarischen Kreisen besonders geliebten Exponenten exotischer Romane, der große gesunde Jack London, ein außerordentlicher Mensch und Künstler ist, in dessen Werk sich gründlich zu versenken für einen Sozialisten keineswegs von Nachteil sein kann, ist alle diese Literatur doch, die in die bunte, anders geartete, verlockend sonderbare Fremde entführt — Opiat; Ablenkung und leichte Berausung, ist, was Bücher zu sein vermeiden sollten: nur Unterhaltung, ohne greifbar praktisches Erträgnis für die reale Welt des Lesers, der aus dieser realen Gegebenheit heute weniger denn je herauskommt. Ach, stieße er selbst zu den besseren Rotten der Indianer und Neger, der Kapitalist würde ihn doch am Wickel behalten: Uebereinstimmend sagen das alle Bücher der Gegenwart aus, die alle Bücher bitterster Kritik sind, Bücher ohne Ausweg, Bücher auf der Flucht.

So ist der neue Jack London im Universitas-Verlag, „Kid und Co.“, die „lustigsten Abenteuer des Alaska-Kid“ erzählend, eine erschreckende Ablenkung, gewiß, ein unterhaltsamer Traum aus Schnee und Goldstaub, aber die sonderbaren wilden Sitten jener Leute, die das System, das den Planeten beherrscht, ausspie, so daß sie heute prähistorischen Urmenschen ähnlich, mit Zähnen und Krallen nackt der Natur gegenüberstehen — sind nur sehr bedingt ein erquickender Anblick; was sie da Interessantes zu leisten haben, hinterläßt trotz Unterhaltsamkeit und Exotik einen bitterbösen Nachgeschmack. Anders würde der Mensch die Welt, die er sozialisiert hat, entdecken, bereisen, bezwingen — freudiger und lohnender und menschenwürdiger. Richard Katz freilich hat Reisegeld, er durchfährt die Welt zu Studienzwecken. Im letzten seiner Reisebücher (im Verlage Ullstein) „Schnaps, Kokain und Lamas“, berichtet er eingehend über Südamerika in einer farbigen schönen Sprache, die sinnlich atmet, plastisch malt und — gründlich orientiert. Wir erfahren da in allen Einzelheiten, wie sehr auch jene Länder an derselben Krankheit daniederliegen, wie die Länder der alten Welt: an der schleichenden kapitalistischen Auszehrung! Es ist gut, das zu wissen!

In seinem neuen Roman im Verlage S. Fischer „Von drei Millionen drei“, läßt Leonhard Frank drei Erwerbslose aus Ungeduld im Hungern und im Stempelgehenden probeweise aus der Haut und auch aus der Heimat fahren. Sie tragen ihren bitteren Galgenhumor nach Südamerika und bringen ihn, an Hoffnungskraft verarmt denn je, wieder zurück. Kein Schlupfloch ist in der Welt für den verarmten Proleten, außer im Tode. Leonhard Frank lehrt seine Leser durch die feine Kunst seiner Zeichnung solche abgerissenen Tüppelbrüder lieben... was hilft's? Mehr kann er auch nicht. Ein happy end weiß er nicht. Er zuckt die Achseln und zieht die Schlinge der Hoffnungslosigkeit korrekterweise zu. Ersticke. Das ist das nichtgesagte Wort hinter den Worten zum Schluß. Im Anfang des Romans heißt es „Drei Männer gingen aus der Stadt hinaus“.

Wenn Walter Bauers Buch im Cassier-Verlag den Titel trägt: „Ein Mann zog in die Stadt“, so bleibt es ganz dasselbe, unbeschadet der Richtung. Das Unbehagen macht wandern, egal wohin, egal das „Ziel“, die Figuren wollen nur leben. Wo soll es ihnen gelingen? Bauer schrieb hier mit seinem ersten Roman ein außerordentliches Buch vom Arbeiter. Tiefsinnig, gründlich, kunstvoll, mit einer menschlich bewunderungswürdigen Kraft der Einfühlung in die letzten Kleinigkeiten des Lebens der einfachen Menschen. Groß ist die Liebe des Autors zum einfachen Menschen. Um so schmerzlicher das Resultat: für den Arbeiter ist das kaum ein Buch. Es ist vom Arbeiter. Es hat — was aber es für den Arbeiter als seinen Leser haben müßte — keinen

Die deutsche Lenin-Ausgabe

Wir sind erst am Anfang einer gründlichen Verarbeitung der Lehren, die der Lauf der russischen Revolution dem internationalen Proletariat gibt. Wie immo ist die Geschichte die beste Lehrmeisterin, und wir dürfen uns glücklich schätzen, daß sie in all dem Dreck und der Not unserer Zeit uns teilnehmen läßt am ersten gewaltigen Durchbruch der sozialistischen Gesellschaft. Gibt uns doch die Tatsache, daß man in der Sowjetunion die entscheidenden Schritte im Aufbau des Sozialismus unternommen hat, zugleich die Gewißheit, daß auch wir bald dabei sein werden, die Entwicklung des Sozialismus von der Wissenschaft zur Tat zu erleben und zu vollbringen.

Das Schwergewicht liegt dabei auf der Erwartung, daß wir es handelnd vollbringen. Der Marxismus hat bei uns in Deutschland unter andern auch die Spielart der abwartenden Professoren und politischen Wettermacher hervorgebracht, die alles von der Entwicklung erwarten, nichts dagegen von sich selbst und ganz bestimmten Handlungen und Aktionen der Arbeiterklasse. Demgegenüber zeigt uns gerade der Verlauf der russischen Revolution und die dreißigjährige Geschichte der bolschewistischen Partei in jedem einzelnen Stadium die Bedeutung der Herausarbeitung einer revolutionären Strategie und Taktik, die auf der Basis der marxistischen Theorie in jedem einzelnen Abschnitt die internationale Erfahrung der fortgeschrittensten proletarischen Heerhaufen mit den speziellen Bedingungen des Kampfes in Rußland selbst vereinigt und das „letzte Wort“ der bürgerlichen Revolution gegen den Absolutismus mit dem „ersten Wort“ der proletarischen Revolution gegen das Kapital verband. Der Meister dieser Strategie und Taktik war Lenin, und wir müssen bei ihm in die Schule gehen, wenn wir lernen wollen, wie eine revolutionäre Bewegung zum Siege geführt werden muß.

Im „Verlag für Literatur und Politik“ erscheint seit einigen Jahren die Gesamtausgabe der Werke Lenins in deutscher Sprache. Jeder Band behandelt einen bestimmten Abschnitt und jeder Band bringt eine Fülle wertvoller Gedanken und fortschreitender Erkenntnis. Wie allen wirklich

produktiven Menschen von ganz großem Format wird auch Lenin der tägliche Kampf und die tägliche Erfahrung zum Material, aus dem er neue Perspektiven schafft, neue Gesetze des Handelns und weitergreifende Inhalte des Denkens schöpft. Selbst in der unscheinbarsten Notiz und der für heute gleichgültigsten Polemik finden sich oft überraschend tiefe und wertvolle Formulierungen eines neuen Gedankens oder die Weiterentwicklung einer alten Wahrheit. Wozu diese breite Wiederholung bekannter marxistischer Grundsätze, sagt man manchmal, und steht plötzlich vor einem ganz neuen und weiten Ausblick auf die inneren Triebkräfte einer ganzen Geschichtsepoche, wozu die vorangegangenen Ausführungen den notwendigen, wenn auch etwas beschwerlichen Weg darstellten.

Was das Studium Lenins so besonders wertvoll macht, ist seine unerbittliche Härte gegen alle Ausflüchte, Verschwoommenheiten und Maskierungen. Zwei Drittel seiner Ausführungen sind zugespitzte Polemik, in der er jeden Gegner erbarmungslos aus dem hintersten Schlupfwinkel hervorholt, wobei es nie die Freude des Fechtens an der Schärfe seiner Waffen ist, die ihn führt, sondern das eifrig behütete und geförderte Interesse der Bewegung an unbedingter Klarheit in allen Streitfragen.

Auf rhetorische Formulierungen, in denen beispielsweise Trotzki so stark ist, verzichtet Lenin völlig, seine fanatische Hingabe an die Sache der revolutionären Entwicklung formt seinen Stil, der wie ein Hammer schlägt, wie ein Dolchstich tötet — aber immer von vorn, offen und mitteilend in allen sachlichen und politischen Differenzen. Es gehört deshalb selbst ein entschiedener Wille zur Klarheit dazu, sich in Lenins Werke hineinzuarbeiten, er macht es dem Leser nicht leicht, er hatte ja auch all das nicht geschrieben, um es in schöngebundenen Büchern der Mit- und Nachwelt zu schenken, sondern wir sind Zeugen seiner politischen Tagesarbeit, die in diesen Artikeln, Broschüren und Keden steckt. Die Lust des theoretisch geschulten Politikers an der fruchtlosen Debatte läßt dabei Lenin nie zu Methoden greifen, die unter seinen politischen Erben üblich geworden sind: er schlägt nie mit dem

Knüppel drein, sondern polemisiert immer, um zu überzeugen, wenn auch nicht den Gegner, so doch die Kampfgenossen. Er packt jedes Argument ernsthaft an, geht ihm nicht aus dem Weg, wenn es unbequem ist. Er will immer zugleich erziehen, wenn er etwas sagt, und diese pädagogische Stärke Lenins macht es den andern leicht, seine Schüler zu sein.

Die publizistische Tätigkeit Lenins stand immer unter dem Gesetz, das er im Jahre 1901 in einer Auseinandersetzung mit der Richtung des „Oekonomismus“ formulierte: „Sie (die Verfasser eines Briefes) verstehen nicht, daß der „Ideologe“ (der zielbewußte Führer) nur dann die Bezeichnung Ideologe verdient, wenn er der spontanen Bewegung voran marschiert, ihr den Weg zeigt, wenn er es versteht, früher als die andern alle theoretischen, politischen, taktischen und organisatorischen Fragen zu lösen, auf die die „materiellen Elemente“ der Bewegung mit spontaner Kraft stoßen.“ Lenin löste die theoretischen, politischen, taktischen und organisatorischen Fragen früher als die andern, er zeigte der spontanen Massenbewegung in den entscheidenden Situationen den Weg, den sie einschlagen mußte, so wie er 20 Jahre lang den revolutionären Kampf organisierte, organisierte er die Machtergreifung und den Sieg. In keiner Stunde seines politischen Wirkens wartete er ab, bis die Massenbewegung soweit war, um sich von ihr tragen zu lassen, er ging voran, er zeigte den Weg, er steckte das Ziel ab — er führte. Deshalb sind seine Werke dieser unerschöpfliche Born revolutionären Willens und revolutionärer Strategie. Wir haben alle Veranlassung, daraus zu schöpfen. Die Herausgabe dieser deutschen Gesamtausgabe der Werke Lenins gibt uns die Möglichkeit, in die Schule des Meisters selbst zu gehen und die für den täglichen Hausgebrauch zurechtgemachten Rationen zu verzichten. Die fortgeschrittensten Kaders des deutschen Proletariats und unter ihnen besonders die revolutionäre Jugend werden am Lebenswerk Lenins die eigenen Auffassungen entwickeln und festigen, sie werden sich dadurch vorbereiten auf die Erfüllung der Aufgaben in Deutschland, zu deren Lösung im internationalen Maßstabe Lenin das Beste beigetragen hat.

Fritz Rück.

Auftrieb, der stark genug wäre, aus bloßer Beschaulichkeit herauszuführen oder gar zu rütteln. Eine kostbare Studie, eine tiefstehende psychische Untersuchung — doch keinerlei Hilfe, nicht einmal Trost. Agitatorisch rubriziert, spricht es einem edel denkenden Reformismus das Wort.

Ganz weit weg in die Geographie und doch nah genug heran an den Haß, mit dem der weiße Mann, der kapitalistische Zivilisator, in der gesamten Geographie gehalten werden muß, führt der norwegische Autor der Büchergilde, Frederik Parelius, mit „Friedloses Afrika“. In einer starken dichterischen Sprache umreißt er die Welt des schwarzen Mannes, von außenher als Augenzeuge in Schilderung seltsamer Sitten und Gebräuche, von innen her: Partei ergreifend für die feine menschliche Kultur dieser Wilden, die zerstampft werden soll vom Abendländer, ohne daß dieser an die Stelle des Zerstorten Besseres zu setzen hätte. In diesem Buch ruft man uns nicht nach Afrika fort, um uns vom Abendlande abzulenken, hier stößt vielmehr der Wilde zu uns, solidarisch Menschenrecht und Menschenwürde gegen die entmenschte und entseelte Brutalität des Nur-Zivilisierten verteidigend. Else Rützel.

„Die Baumwollpflücker“

Roman von B. Traven.

Universitas-Verlag. Leinen 5 Mark.

Traven ist zu bekannt, als daß man noch nötig hätte, Gutes über ihn zu sagen. Bewundernswürdig bleibt immer von neuem die wunderbar trocken-ironische Art seiner Schilderung. Er ist nicht emphatisch, er hat keine großen Töne, er appelliert nicht mit tönenden Worten an die Weltgeschichte, um seine Meinung zu irgendwelchem Recht oder Unrecht zu sagen. Er notiert nur Tatsachen. Reicht Notiz an Notiz, fügt eine Schilderung zusammen, die ein mosaikartig lebendiges Bild seiner Umgebung gibt, und die auch nicht eine Minute in ihrer reportagehaften Spannung nachläßt. Seine „Baumwollpflücker“ sind die Gelegenheitsarbeiter in den Cottonenebenen Mexikos, die wandernden Vagabunden aus aller Herren Länder, die von Farm zu Farm pendeln und bald die fleißigen Arbeiter, bald die lästige Landplage sind, je nachdem, und Traven mit der eigenen Unbekümmertheit des geborenen Landstreichers als Viehtreiber und Bäcker, Kellner und Landarbeiter strudelt mitten durch das ganze heiße, bewegte Leben. Nicht nur Arbeiter und Landstreicher freilich — er bleibt unter aller Tünche, die die Umstände ihm geben oder verlangen, im Kern immer etwas mehr als seine Umwelt: bleibt der Wobbly, bleibt der sozialistisch infizierte, organisierte Arbeiter, der Anhänger der gefährdeten IWW. Und von diesem Standpunkt

aus sieht er die Lage und schildert sie, und das eben macht uns seine Schilderung so wertvoll. Vagabunden oder Schriftsteller, die gern als solche gelten, weil es ihre literarischen Produkte romantischer macht — gibt es viele, aber Wobblys unter den Vagabunden gibt es weniger, und Traven ist weniger literatur-süchtiger Vagabund als Wobbly. R. B.

„Der Schädel des Negerhäuptlings Makaua“

Ein Kriegerroman für die junge Generation von Rudolf Frank und Georg Lichey. Umschlagzeichnung von Moholy-Nagy. Verlag Müller & I. Kiepenheuer, Potsdam. Kartonierte 2,85 RM., Ganzleinen 3,80 RM.

Es ist ohne Zweifel eine ausgezeichnete Idee, den zahllosen Jugend-Schmökern, die den organisierten Massenmord als frisch-fröhlichen Krieg und die staatlich autorisierten Mörder als Helden glorifizieren, das Gegenstück eines kriegsgegnerischen Abenteuer- und Kriegerromans für die Jugend an die Seite zu stellen. Rudolf Frank und Georg Lichey erzählen die Geschichte des vierzehnjährigen Polenjungen Jan Kubitzki, den der Krieg im Jahre 1914 seiner Heimat beraubt und der nun als Traubub bei der deutschen Armee den Krieg kennen und hassen lernt. Er erlebt den Dreck und die Misere mit, die als Schlachten und Siege in die Geschichte eingegangen sind, und als die deutsche Heeresleitung ihn zu einem Mythenhelden, zu einem Begeisterungsköder wie die Jungfrau von Orleans oder den Schädel des Negerhäuptlings Makaua machen will, verschwindet er spurlos und der Krieg muß ohne ihn weitergehen und sich nach anderen Simulanten umsehen. Das ist spannend und lebhaft erzählt. Dennoch: Gewisse Einwände gegen das Buch sind notwendig: Immer noch zu interessant und abenteuerlich ist der Krieg geschildert; die glücklichen und heldenhaften Erlebnisse des Polenjungen und die Treue und Kameradschaft seiner Batterie leuchten so stark, daß jugendliche Gemüter leicht doch Sehnsucht nach derlei bunten Abenteuern bekommen könnten, und der dunkle Hintergrund des Krieges ist wohl noch nicht trotzlos und detailliert genug gemalt. Und, vor allem, von den sozialen Ursachen dieses Krieges und aller Kriege, davon, daß die herrschende Klasse ihn auf dem Rücken des Proletariats ausgetragen hat, davon, daß immer die Unterdrückten aller Länder die Leidtragenden und die Kapitalisten die Nutznießer sind, ist wenig die Rede.

Aber freuen wir uns, daß überhaupt ein Jugendbuch gegen den Krieg geschrieben wurde, und daß es die Möglichkeit, auf seine Leserschaft zu wirken, in sich trägt. Hier endlich wird kindlichen Seelen das Kriegshandwerk als etwas Verabscheuens-

wertes dargestellt, hier wird ihnen gezeigt, daß der dem Volke vorgespiegelte Sinn des Krieges, die Landesverteidigung oder der Kampf gegen französischen Uebermut, englischen Neid oder russischer Unkultur, ebensolcher Schwindel ist wie die Mär vom Schädel des Negerhäuptlings Makaua, die den Negerstämmen erzählt wurde, um sie für den europäischen Krieg zu begeistern. Wenn Eltern ihrem Jungen ein Buch zu Weihnachten schenken wollen, sollten sie dieses kaufen. Und wenn er es dann gelesen hat, sollten sie ihn belehren, daß solche Schlächtereien erst ein Ende haben werden, wenn der Sozialismus das herrschende System abgelöst und die klassenlose Gesellschaft errichtet haben wird. Heinz Kahn.

Kleines Feuilleton

Ein neues Lehrstück von Bert Brecht.

In nächster Zeit wird als gemeinsame Veranstaltung des Aufrecht-Studios und der „Gruppe Junger Schauspieler“ in einem Theatersaal in Berlin-Schöneberg ein neues Lehrstück von Bert Brecht zur Uraufführung kommen, welches eine Dramatisierung des Maxim-Gorki-Romans „Die Mutter“ darstellt. Das Werk wird ohne Kulissen gespielt werden.

Zur Entdeckung des Vitamins C

Ueber die Entdeckung des Vitamins C werden nun nähere Einzelheiten bekannt. Der norwegische Chemiker Rygh, der früher im Laboratorium von Windau in Göttingen und in letzter Zeit in Upsala tätig war, ging bei seinen Untersuchungen bekanntlich von Orangen aus. Er verwendete bei seinen Experimenten rund 15 000 dieser Früchte und brauchte für die Fütterungsversuche mit dem gefundenen Vitamin eine Unmenge von Meer-schweinchen. Die Arbeiten selbst wurden von einem norwegischen Fonds mit 6000 Kronen unterstützt. Rygh gewann aus dem Orangensaft zuerst die „Pro-Vitamine“, die er eine „Vorstufe des C-Vitamins“ nannte. Hieraus erzeugte er schließlich durch komplizierte chemische Arbeiten die antiskorbutische Substanz. Interessant ist die Tatsache, daß bereits der zwanzigmillionste Teil eines Grammes vom Vitamin C wirksam ist.

Eine halbe Million Francs für vier Briefmarken.

In Bordeaux hat ein Briefmarkensammler einen interessanten Fund gemacht. Er hat nämlich vier französische Marken zu 1 Franc von hellroter Farbe entdeckt, die im Jahre 1849 ausgegeben wurden, und deren Marktwert sich heute um die Grenze von einer halben Million Francs bewegt.

„Verräter verfallen der Feme“

Oberleutnant Schulz Führer einer „Arbeitsarmee“

Berlin, 10. Dezember.

Nach übereinstimmend lautenden Nachrichten plant die NSDAP, sich an den Bestrebungen für die sogenannte „freiwillige Arbeitsdienstpflicht“ in weitem Umfange zu beteiligen. Aus arbeitslosen SA-Leuten soll eine „Arbeitsarmee“ aufgestellt werden, als deren Führer der frühere Oberleutnant Paul Schulz ausersehen ist. Schulz war bekanntlich der organisatorische Führer jener „schwarzen Reichswehr“, die im Jahre 1923 vom Berliner Wehrkreis III aufgestellt wurde und in deren Kadres sich die berüchtigten Fememorde ereignet haben.

Da ist es angebracht, den preußischen Behörden von diesen Plänen der Nazis Kenntnis zu geben und ihnen die Frage zu stellen, ob sie noch einmal diesem Oberleutnant Schulz die Konzession zur Aufstellung von Arbeitskommandos geben wollen, nachdem sich — wie durch ein Todesurteil gegen Schulz erwiesen ist — ergeben hat, daß in Schulz'schem Geist „Verräter“ an solchen Organisationen „der Feme verfallen“.

Da Preußen und die Sozialdemokratie längst nicht mehr das Geringste gegen den Willen der Reichsregierung unternehmen und da der Kurs Brüning-Groener ganz klar ist, so sind wir über die Antwort auf diese Frage nicht im Zweifel.

Wo ist denn die Couponsteuer geblieben?

Mit großem Geschrei wurde die Wiedereinführung einer Couponsteuer angekündigt, ja, es hieß sogar, daß man sie staffeln wolle, je nach der Höhe der Erträge. Wenn man aber die Notverordnung auch zehnmal durchliest: man findet nichts mehr davon. Doch wird die Umsatzsteuer der Großbetriebe auf 2½ Prozent erhöht, wird die Umsatzsteuer für Großbetriebe der Getreide-, Mehl- und Backwerk-Wirtschaft von 8,5 auf 13,5 pro Tausend heraufgesetzt. Auf der anderen Seite streicht man alle Leistungen der Krankenkassen, der Unfallversicherung, der Knappschaftskassen auf ein schandmäßiges Minimum zusammen.

Das sind dann soziale Bestimmungen für die Massen!

Das moralische Dollarika

San Salvador-Regierung nicht anerkannt

Staatssekretär Stimson erteilte dem amerikanischen Geschäftsträger in San Salvador die Weisung, der neuen Regierung von El Salvador zur Kenntnis zu bringen, daß die Vereinigten Staaten nicht in der Lage seien, sie anzuerkennen. Diese Maßnahme sei geboten kraft der Bestimmungen des zentral-amerikanischen Vertrages vom Jahre 1923, der zwischen den fünf Staaten Mittelamerikas und den Vereinigten Staaten abgeschlossen wurde und die Signatäre verpflichtet, die Anerkennung jeder Regierung zu verweigern, welche durch Gewalt zur Macht gekommen ist.

Mit anderen Worten: Die neue Regierung scheint den nordamerikanischen Imperialisten nicht so bequem wie die gestürzte. (Red.)

Der faschistische Generalsekretär zurückgetreten worden

Rom, 7. Dezember.

Der seit September 1930 im Amt befindliche Generalsekretär der Faschistischen Partei, Giuriati, ist zurückgetreten. Mussolini hat, wie das offizielle Parteiorgan mitteilt, das Rücktrittsgesuch „wenn auch mit Bedauern, angenommen und Giuriati seine Anerkennung für seine Leistungen auf allen Gebieten der Parteitätigkeit ausgesprochen.“ Zu seinem Nachfolger wurde der Abgeordnete Achille Starace, bisher stellvertretender Generalsekretär, ernannt.

5-Milliarden-Anleihe in Amerika. Das amerikanische Schatzamt hat für insgesamt 1,3 Milliarden Dollar neue Schatzscheine mit einer Laufzeit von 3, 6 und 12 Monaten bei einer durchschnittlichen Verzinsung von 8 Prozent zur Zeichnung aufgelegt. Die Riesenaktion dient in der Hauptsache zur Abdeckung der Mitte Dezember fällig werdenden Verbindlichkeiten in Höhe von 1,1 Milliarden Dollar.

Der tägliche Vormarsch

SAP stärkste Stadtratsfraktion

In Ratingen sind zwei kommunistische Stadtverordnete zur SAP übergetreten. Die SAP, die nunmehr 9 Sitze hat, war schon vormals die stärkste Fraktion. Die KPD hat nur noch 3 Sitze, die SPD keinen einzigen.

Ortsgruppe Bottrop wächst

Bottrop gehört zu den Teilen des Ruhrgebiets, in denen man eine sozialdemokratische Opposition nie aufkommen ließ. Trotzdem wurde sofort nach Gründung der SAP von 9 früheren Sozialdemokraten eine Ortsgruppe ins Leben gerufen. In kurzer Zeit war sie auf 30 Mann angewachsen. Die erste Monatsversammlung mit Gästen brachte wieder eine Reihe Uebertritte.

Unser erster Parteitag

Der erweiterte Parteivorstand der Sozialistischen Arbeiter-Partei hat in seiner letzten Sitzung einstimmig beschlossen, den ersten ordentlichen Parteitag einzuberufen für Ostern 1932, also für die Tage

vom 25. bis 28. März

Tagungsort wird ein Ort in Mitteldeutschland, der vom Parteivorstand noch bestimmt wird. Auch die Tagesordnung wird vom Parteivorstand später festgesetzt.

Der Parteitag setzt sich zusammen aus 200 Delegierten,

die von den einzelnen Bezirken entsprechend ihrer Stärke gewählt werden. Die Verteilung der Delegierten auf die einzelnen Bezirke er-

folgt auf Grund der am 31. Januar 1932 vorliegenden Mitgliederzahl, für die Beiträge an den Parteivorstand abgerechnet werden.

Die Delegierten zum Parteitag werden in allen Bezirken durch Wahl gewählt.

Die vom Parteivorstand beschlossene Wahlordnung wird den Bezirksvorständen zugesandt.

Auf dem Parteitag der SAP haben nur die gewählten 200 Delegierten Stimmrecht. Die Mitglieder des Parteivorstandes und andere Instanzen haben nur beratende Stimme.

Freundschaft!

Der Parteivorstand der SAP.

Unser Vormarsch an der Kulturfront

Die Liga für Mutterschutz, Ortsgruppe Leipzig, übergibt uns einen interessanten Brief, der beweist, wie stark auch von der kulturellen Seite her die Sozialistische Arbeiterpartei werbend und zukunftsweisend wirkt. Dem Brief entnehmen wir die folgenden Stellen:

„Zwei Drittel der Ligamitglieder und Funktionäre sind Sozialdemokraten. Die sozialdemokratischen Funktionäre konnten den reformistischen Grotjahnschen Kurs wie überhaupt den Reformismus und Bürokratismus in der Partei nicht mehr mitmachen und sind

bereits größtenteils zur SAP übergetreten.

Wir begrüßen den Schritt der Führer der SAP, den Willen zur Einheitsfront, und unterstützen die Partei, welche den Kampf gegen

die Sozialreaktion auf ihre Fahne geschrieben hat und am tatkräftigsten führt.

Dadurch, daß ihr den Willen zur Einheitsfront bekundet und auch den Kampf für Sexualreform führt, was für uns ja deutlich genug aus Euren Zeitungen ersichtlich, haben wir ganz besonderes Interesse und die Ueberzeugung, daß Euch der Vorstoß in die Zerissenheit, zur Einigung des Proletariats, gelingen wird.

Die Liga verfügt über einen ausgezeichneten Stab von geschulten Funktionären, von denen bisher in Leipzig Genosse Sterzing und Herper zur SAP übergetreten sind und in den nächsten Tagen weitere bekannte Funktionäre übertreten werden.

Mit sozialistischem Gruß

W. Bereuther.“

Weiter to'rieren!

Die sozialdemokratische Presse zur Notverordnung

Berlin, 10. Dezember.

Ein Blick in die sozialdemokratische Provinzpresse genügt, um die politische Linie der SPD so unzweifelhaft klar zu sehen, wie sie nach dem gestrigen „Vorwärts“-Artikel ohnedem war: von keiner Seite wird die Beendigung der Tolerierungspolitik verlangt. Die meisten Zeitungen, darunter auch die sogenannten „linken“, wie die Plauener Volkszeitung, das Sächsische Volksblatt, die Ostthüringer Tribüne-Gera drucken kommentarlos den Artikel des Sozialdemokratischen Pressedienstes nach. Die „Chemnitzer Volksstimme“ bringt zwar einen eigenen Leitartikel ihres Chefs Böchel, aber auch dieser „Radikale“ fordert mit keinem Wort, daß angesichts dieses arbeiterfeindlichen Machwerks die politische Haltung der Partei eine Aenderung erfahren muß. Das Verbot der öffentlichen Versammlungen usw.,

das eine rein faschistische Maßnahme zur Unterdrückung der politischen Betätigung der Arbeiterschaft darstellt, bezeichnet er neckisch als „politische Atempause“, und seine politische Perspektive begnügt sich mit einem treuherzigen Glaubensbekenntnis: „Wir glauben nicht daran, daß Brüning den Kampf gegen den Faschismus mit allen Mitteln der Staatsgewalt führen wird“. Das ist alles, was der „Führer“ der sozialdemokratischen Opposition in dieser Situation zu sagen hat.

Die sozialdemokratische Fraktion kann also ihrer Montag-Sitzung ohne Unruhe entgegensehen. Ein Druck aus den „linken“ Bezirken wird nicht auf sie ausgeübt werden. Die Straßenbahn kann ungestört in den Abgrund fahren. Die Arbeiterschaft aber muß endlich merken, daß an eine Aenderung des Kurses der Partei nicht mehr zu denken und daß es höchste Zeit ist, auszusteigen.

Metallarbeiterstreik und Tolerierung

Der „Vorwärts“ beantwortet unsere Mitteilungen mit Schweigen

Berlin, 10. Dezember.

Das sozialdemokratische Zentralorgan hat auf unsere Mitteilungen über die Geburt der Tolerierungspolitik, über Otto Brauns und Herrn Otto Kleppers Anteil daran, über

das Abkommen Brüning-Klepper vom 18. Oktober 1930

und über die Zusammenhänge, die zur Ernennung Severings zum preußischen Innenminister geführt haben, bisher mit keinem Worte erwidert. Es kann auch nichts erwidern, weil nämlich die von uns mitgeteilten Tatsachen jeder Erwidern Stich halten würden.

Immerhin wollen wir die uns durch das Schweigen des „Vorwärts“ auferlegte Wartezeit nicht ungenutzt verstreichen lassen und darum unseren Bericht in einem bestimmten Punkt noch ergänzen.

Wir berichteten davon, wie am 28. Oktober 1930 die Arbeitervertreter in dem Zehnerausschuß auf den Vorschlag des Ministerialdirektors Mewes dem Uebereinkommen zugestimmt hätten, das den Metallarbeiterstreik beendete, das die Wiederaufnahme der Arbeit zunächst zu den alten Bedingungen vorsah und das schließlich vorbehaltlos die Verbindlichkeit eines neuen Schiedsspruchs stipulierte, der durch eine neu zu berufende Schlichtungsstelle gesprochen werden sollte.

Wir hatten unserem Bericht, als wir bis zu diesem Punkt gelangt waren, die Zwischenbemerkung eingefügt:

„Damit hatten sich die Metallarbeiter ausgeliefert.“

Wie es aber dahin kam, daß die Metallarbeiter sich so auslieferten, das soll hier nachträglich in Kürze berichtet werden.

Am Abend des 27. Oktober oder am Vormittag des 28. Oktober 1930 — die genaue Stunde kennen wir nicht — empfing Herr Otto Klepper, der Präsident der Preußenkasse, mehrere Vertreter der kämpfenden Metallarbeiter. Er hat die unter Hinweis auf die drohende Massenstimmung zunächst strikt jedes Zugeständnis ablehnenden Vertreter der

Berliner Metallarbeiter buchstäblich zu der Zustimmung zu dem oben zitierten Beschluß gezwungen, indem er sich auf Otto Braun berief, der unter allen Umständen die Verständigung mit den Unternehmern wolle.

Da der „Vorwärts“ schweigt, sei der Metallarbeiterverband seinerseits aufgefordert, sich dazu zu äußern. Möge er die Richtigkeit unserer Darstellung bestreiten, wenn er dies vermag.

Wir fordern nunmehr die Metallarbeiter auf, sich bei ihren Funktionären nach den Vorgängen im Oktober 1930 bei der Abwägung des Streiks zu informieren!

„Denksport“

Oder wie gewinnt man Abonnenten?

Die Plauener „Volkszeitung“ leidet durch die Spaltung an chronischer Auszehrung. Sie versucht, auf alle nur erdenkliche Weise die massenhaften Abbestellungen wieder auszugleichen. Kein Mittel ist ihr primitiv und keine Senkung des Niveaus niedrig genug. Jetzt beginnt sie mit „Denksport zum Wochenende“, d. h. sie gibt ihren Lesern Rätsel auf, die der „Rätselkonk“ fabriziert, und auf deren Lösung Preise in Höhe von 5, 3 und 2 Mark ausgesetzt werden.

Denksport ist eine schöne Sache und besonders angebracht in einer Zeitung, deren Inhalt sonst so kümmerlich ist, daß er zum Denken wahrlich keinen Stoff mehr bietet. Wir gratulieren zu diesen neuen Methoden des Kundenfangs, mit denen die „Volkszeitung“ ihre jetzigen Leser wohl richtig einschätzt. Tiefer gehts nimmer!

Kommunisten ist Agitation verboten. Die Münchener Polizei beschlagnahmte gestern in der Druckerei der kommunistischen „Neuen Zeitung“ das dort hergestellte Flugblatt „Appell des ZK der KPD an die SPD- und Reichsbannerarbeiter“.

Betrug an den Altwohnungs-Mietern

Berlin, 10. Dezember.

Nach der Notverordnung wird die gesetzliche Miete um 10 Prozent der Friedensmiete herabgesetzt, das heißt auf den Betrag um etwa 7 Prozent insgesamt der gegenwärtigen Mietszahlung. Selbst das bürgerliche „Berliner Tageblatt“ empört sich darüber und rechnet aus, welche Riesengewinne die Hausbesitzer nunmehr einheimen werden. Die Zinsschlüsse für den Hausbesitzer sind zwei- bis dreimal so groß wie die Mietschlüsse! Und begründet wird dies damit, daß jetzt überfällige Reparaturen durchgeführt werden dürften. Wir glauben dies absolut nicht, und wir fordern eine sofortige Aenderung der Bestimmungen für den Altwohnungs-Mieter, der auch hier die Mietsenkung über den obigen lächerlichen Satz hinaus der tatsächlichen Entlastung des Hausbesitzes anpaßt.

Abgeschworener „Sozialismus“

Nazi-„Gesandte“

beruhigen die faschistischen Brüder

Fern von den wachsamen Augen und Ohren der deutschen Arbeiter haben es die Nazis immer sehr eilig, schreckhafte Gemüter über den Charakter ihres „Sozialismus“ aufzuklären. Einen neuen, sehr beachtenswerten Aufschluß über diese Tatsache bringt „La Sera“ vom 8. d. M. Darin findet sich ein ausführlicher Bericht über einen Vortrag, den zwei national-sozialistische Propaganda-Redner, die Hamburgischen Abgeordneten Nieland und Strieder im Welfen-Palast zu Florenz gehalten haben. Vor einer lückelosen Vollversammlung faschistischer Behörden und Partei-Instanzen haben diese Herren das Nazi-Programm erläutert und gegen den Vorwurf des „Sozialismus“ verteidigt.

Ausdrücklich wird in dem italienischen Bericht hervorgehoben, daß Herr Nieland besonders bei diesem Punkte verweilt sei und restlos befriedigende Erklärungen darüber abgegeben habe.

daß der zweite Teil des Namens der Hitlerpartei durchaus „nicht so gemeint sei“.

daß das Mißtrauen über den Namen keinerlei reelle Grundlage habe. Man weiß ja, wie das Wort „Sozialismus“ auf die Original-Faschisten wirkt und versteht daher den Eifer der Nachahmer, den kleinen Unfall mit ihrem Namen aufzuklären.

Spaßig wirkt noch Herrn Nielands bewegliche Klage vor den großen Brüdern, daß die deutsche Regierung zwar jede Annäherung an Italien begrüße, aber trotzdem noch nicht dagegen eingeschritten sei, daß eine gewisse Presse die „deutschen Faschisten“ (sic!), das heißt also die Nazis, mit wenig freundlichen Ausdrücken belege.

Sie fühlen sich also schon so offiziell, daß sie von der befreundeten Brüning-Regierung besonderen Ehrenschutz durch Notverordnung erwarten!

Kuhhandel in Hessen

Darmstadt, 9. Dezember.

Die Zentrumsfraktion des hessischen Landtags trat heute zu einer Sitzung zusammen, die sich bis in die späten Abendstunden hinzog. Es handelte sich um die Beratung des Koalitionsangebots der Nationalsozialisten. Die Fraktion kam noch zu keinem Ergebnis. Der Parteivorstand wird sich morgen mit dem Angebot befassen. Wie wir hören, dürfte es zutreffen, daß die Nationalsozialisten in ihrem Brief an das Zentrum zu erkennen gegeben haben, daß sie den jetzigen Präsidenten akzeptieren würden, wenn sie das Innenministerium, dem das Finanzministerium angegliedert werden soll, erhielten.

Die Nobelpreis-Träger

Zwei Amerikaner.

Oslo, 10. Dezember.

Das Nobel-Komitee des norwegischen Storting hat den Nobelfriedenspreis für 1931 je zur Hälfte Jane Addams und dem Präsidenten der Columbia-Universität Nicholas Murray Butler verliehen. Jane Addams ist die Begründerin der sozialen Stellung Hull House bei Chicago. Sie hat zahlreiche Werke sozialen Inhalts veröffentlicht.

Die diesjährigen Nobelpreisbeträge sind die höchsten, die je verteilt worden sind. Sie belaufen sich auf je 173 206 Kronen. Im ersten Nobelpreisjahr betragen die einzelnen Summen 150 782 Kronen, im Jahre 1923 nur 114 935 Kronen. Von den insgesamt verteilten Preisen sind 4 767 961 Kronen deutschen Gelehrten zuerkannt worden, an zweiter Stelle folgt Frankreich mit 2 859 983, an dritter England mit 2 260 527, an vierter die Vereinigten Staaten mit 1 594 234 Kronen, an fünfter Stelle Schweden mit 1 490 999 Kronen.

SWZ

Sozialistische Wochen-Zeitung

heute neu!

Schwimm-Großkampf in Westfalen

Neue Bundes-Bestzeit

Das Schwimmfest des AWW, Duisburg am vergangenen Mittwoch gestaltete sich zu einem vollen Erfolg für den veranstaltenden Verein. Die Halle war bis auf den letzten Platz gefüllt und wohl selten hat ein Schwimmfest des AWW, einen so starken Besuch zu verzeichnen gehabt als dieses. Die Zuschauer wurden denn auch nicht enttäuscht, und alle werden wohl von der Leistungsfähigkeit der Arbeiterwassersportler überzeugt gewesen sein. Der Revanchekampf Duisburg gegen Gelsenkirchen ist vollauf geblückt, denn bald alle Konkurrenzen, die die Duisburger in Gelsenkirchen verloren, konnten mit teilweise sogar großer Überlegenheit gewonnen werden. Die erste Ueberberrschung des Abends war die Eröffnungslagenstaffette, die die Duisburger mit 10 m Vorsprung vor Gelsenkirchen gewinnen konnten. Im Kunstspringen der Männer gab es einen harten Zweikampf zwischen Kuhnert-Gelsenkirchen und Opladen-Duisburg, den der Erstere knapp mit einem Punkt Vorsprung für sich entscheiden konnte. Die Jugendlagenstaffette stand ganz im Zeichen der Duisburger, auch hier siegte man mit etwa 20 m Vorsprung. Der Angriff des Genossen Mattern auf der Bundesrekord im 100-m-Brustschwimmen ist geblückt. Die bestehende Bestzeit von 1,19 wurde auf 1,18,4 Min. reduziert. Eine Anerkennung dieses Rekordes kann nicht stattfinden, da Mattern nicht von der vorgeschriebenen Zahl Zeitnehmer abgestopft wurde. Die Männerlagenstaffette ging überraschenderweise an die Gelsenkirchener verloren. Sehr großen Beifall fand der Kunstreigen der Duisburger Schwimmerinnen. Die einzelnen Bilder waren plastisch gut, die Ausführung war exakt, so daß der reiche Beifall, den die Zuschauer spendeten, redlich verdient war. Die Resultate sind folgende:

- Eröffnungsfreistilstaffette: 8 x 50 m: 1. Duisburg 4,30,2 Min.; 2. Gelsenkirchen 4,41,2; 3. Ruhrort 5,03.
- Frauenbruststaffette: 4 x 50 m: 1. Duisburg 3,14,1; 2. Ruhrort 3,22; 3. Krefeld 3,22,1.
- Frauenruckschwimmen: 50 m: 1. Driesen-Krefeld 0,48,6; 2. Teich 1-Duisburg 0,50; 3. Fryling-Ruhrort 0,51,4.
- Kunstspringen: a) Jugend: 1. Krukenbaum-Gelsenkirchen 18² P.; 2. Messer-Duisburg 18³; 3. Auer 1-Duisburg 14. b) Männer: 1. Kuhnert-Gelsenkirchen 23² P.; 2. Opladen-Duisburg 22³; 3. Jöckel-Gelsenkirchen 20⁴.
- Brustschwimmen: weibl. Jugend, 50 m: 1. Worm-Duisburg 0,48,3; 2. Schweizer-Duisburg 0,51,1; 3. Sira-Ruhrort 0,52,4.
- Jugendlagenstaffette: 1. Duisburg 2,32; 2. Gelsenkirchen 2,42; 3. Krefeld 2,56.
- Brustschwimmen: 100 m: 1. Mattern-Duisburg 1,18,4 (!); 2. Niederhöfer-Duisburg 1,27,2; 3. Kuhnert-Gelsenkirchen 1,30,2.
- Kraulschwimmen: Jugend, 100 m: 1. Rosenstengel-Ruhrort 1,13,4; 2. Giebmann-Krefeld 1,14,1.
- Schwimmen für Männer über 40 Jahre: 1. Plum-Duisburg 0,46,8; 2. Schmitt-Duisburg 0,49; 3. Geißler-Krefeld 0,49,9.
- Männerlagenstaffette: 4 x 100 m: 1. Gelsenkirchen 5,34,5; 2. Duisburg 5,35,5; 3. Ruhrort 6,30,1.

An unsere Berichtersteller

Es häufen sich die Sendungen, die infolge mangelhafter Frankierung unnötige Kosten und Verzögerungen durch Straffporto verursachen. Wir bitten alle Postsendungen richtig zu frankieren.

Redaktion und Verlag der SAZ.

Wasserball

Jugend-Duisburg I—Gelsenkirchen I 4:1. Das Spiel um die Kreismeisterschaft haben die Duisburger verdient mit 4:1 gewonnen. Die Duisburger spielten, wie gewohnt, sehr schnell an und bereits nach 2 Minuten hieß es 2:0 für Duisburg. Erst da fanden sich die Gelsenkirchener und konnten zum ersten und letzten Treffer einsenden. Nach dem Wechsel kann Duisburg trotz der schlechten Seite noch ein weiteres Tor werfen. Der Torwart der Duisburger war sehr gut, er hielt die unglaublichen Sachen. Im übrigen gab es in der ganzen Mannschaft keinen Versager. Auch

das Spiel der Gelsenkirchener konnte sehr gut gefallen.

Duisburg Männer I—Krefeld I 4:6 (4:2). Hier mußten sich die Duisburger der besseren Mannschaft beugen. Trotzdem die Duisburger bis zum Wechsel mit 4:2 führten, gelang es dem wurgewaltigen Gelsenkirchener Sturm, vier Tore aufzuholen, woran allerdings der Tormann der Duisburger nicht so ganz schuldlos ist. Trotzdem ein flotter Kampf, der dem gut gelungenen Schwimmfest einen würdigen Abschluß gab.

Interessante Handballspiele in Hamborn

Die Schwimmer, die vor 14 Tagen im Entscheidungsspiel um die Bezirksmeisterschaft gegen Schwarz-Gelb knapp verloren, werden in Hamborn gegen H. Schmidthorst einen schweren Kampf zu bestehen haben. Die Hamborner sind in ihrem Bezirk noch immer Meister und werden sich den Sieg sicher nicht nehmen lassen. Anwurf 11 Uhr.

Freie Schwimmer 2—Hamborn Schmidthorst 1 b. (10 Uhr in Hamborn.) Dieser Kampf der zweiten Mannschaften wird dem der ersten nicht viel nachstehen. Beide Mannschaften dürften wohl gleichwertig sein. Ein Unentschieden ist nicht ausgeschlossen.

Freie Turnerschaft Bottrop-Boy besiegt Hamborn-Schmidthorst

Die beiden Teilnehmer an den Endspielen um die „Westdeutsche“ lieferten sich am Sonntag auf dem Platz hinter der Körnerschule ein selten schönes Freundschaftsspiel. Zum ersten Male gelang den Bottropern der große Wurf, diesen alten Rivalen, der sie noch am Sonntag vorher mit 7:2 nach Hause schicken konnte, einwandfrei zu schlagen. Das Spiel bei an sofort mit flotten, energischen Angriffen von beiden Seiten. Schon nach wenigen Minuten werfen die Bottroper ein sauberes Tor. Aber Hamborn zieht gleich. Beim Halbspitz steht das Spiel 3:2. Nach dem Anpfiff das gleiche Bild: ein rassistiger Kampf um die Führung. In der Ballbehandlung und dem Stellungsspiel zeigt sich immer mehr die Ueberlegenheit der Hamborner. Doch nur die Wurfkraft und Freudigkeit schafft schließlich Tore. So halten es auch die Bottroper. Im Strafraum sind sie ihren Gästen entschieden überlegen. Viermal knallt der Rechtsaußen den Ball mit aller Wucht an den Innenposten. Beim Schlußpfiff haben die Bottroper mit 7:6 knapp aber verdient gewonnen. Alles in allem: ein Spiel, wie wir es immer wünschen; ein Werbeispiel für die Arbeitersportbewegung!

Turnerinnen Bottrop-Boy—T. Hamborn-Schmidthorst 3:0; Reserve T. Bottrop-Boy—Reserve T. Hamborn-Schmidthorst 3:1.

Mitgliederfang mit Hilfe der Arbeitsdienstpflicht

Eine Anfrage an die Arbeitsämter

Der der Deutschen Turnerschaft angeschlossene Turnerbund versendet in Bottrop und vermutlich auch an anderen Orten an Arbeitslose Zirkulare folgenden Inhalts:

„Uns ist bekannt, daß Sie erwerbslos und Unterstützungsempfänger sind. Ihre Unterstützungszeit ist in etwa ... Wochen ... Tagen abgelaufen. Es ist Ihnen die Möglichkeit geboten, im Wege der freiwilligen Dienstpflicht hier in Bottrop eine Verlängerung der Unterstützungszeit von vorerst 20 Wochen zu erreichen.“

Der Turnerbund Bottrop E. V. bietet Ihnen diese Gelegenheit. Falls Sie Interesse dafür haben, sich als Mitglied des Turnerbundes in den augenblicklich sehr schweren Zeiten diesen unbedingten Vorteil zu sichern und die Ideale des Vereins durch werktätige Arbeit verwirklichen zu helfen, bitten wir Sie hiermit, sich am ... den ... um ... Uhr in unserem Turnheim zwecks näherer Besprechung einzufinden. Der Turnrat.“

Kleine Anfrage: Wie kommt der Turnerbund zu den genauen Angaben über die Namen der Arbeitslosen und ihrer Unterstützungsdauer? Wer hat die Arbeitsämter ermächtigt, diese Angaben zu machen? Betrachten Sie es als ihre staatliche Aufgabe, auf diesem indirekten Wege die „Ideale“ des Vereins, die in nationalistischer Militärspielerlei bestehen, zu unterstützen? Was denken die Landesarbeitsämter, die von Reichsgeldern leben, gegen diesen Mißbrauch zu tun?

Im Dienste der Menschheit

Arbeitersportler retten 367 Menschen

Der Wasserrettungsdienst des Arbeiter-Turn- und Sportbundes hat auch im Sommer 1931 wieder außerordentliche Erfolge beim Kampf gegen den Ertrinkungstod zu verzeichnen. Aus fünf Kreisen von neunzehn sind bis jetzt folgende Meldungen eingegangen: Kreis Sachsen 65 Rettungen mit Erfolg, 8 ohne Erfolg, Rheinland-Westfalen 142:5, Nordbayern 65:1, Hessen 42:2, Südbayern 53:3, zusammen 367 mit Erfolg, 18 ohne Erfolg.

Im Jahre 1930 wurden von denselben fünf Kreisen 479 erfolgreiche Lebensrettungen gegen den Ertrinkungstod ausgeführt. Insgesamt konnten 1930 von allen neunzehn Kreisen 1081 Menschenleben gerettet werden. Der Arbeiter-Wasser-Rettungs-Dienst (AWRD) hat trotz der schweren Zeit seine ideale Arbeit in hervorragender Weise durchgeführt.

SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung

Bezugspreis monatlich . . . 2,40 RM. einschl. Bestellgebühr
wöchentlich . . . 0,60 RM. einschl. Bestellgebühr
bei Postbezug 2,10 RM. zuzügl. 36 Pf. Zustellgebühr

BESTELLSCHEIN

Bestelle zur sofortigen Lieferung durch _____ Exemplar

„SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung.“

Zentralorgan der Sozialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Name: _____

Wohnort: _____

Straße: _____

Diesen Bestellschein nimmt entgegen jeder Vertrauensmann und Zeitungsbmann der SAP, der Briefträger, oder schicke ihn an: Sichel Zeitungsverlagsgesellschaft m b H., Berlin O 27, Magazinstraße 15-16.

Der Sportausschuß hat getagt

Der Bundes-Sportausschuß des Arbeiter-Turn- und Sportbundes e. V. tagte am 5. und 6. Dezember in Dresden und beschäftigte sich mit wichtigen Angelegenheiten zur Förderung der Leichtathletikbewegung.

Die leichtathletischen Bundesmeisterschaften werden am 13. und 14. August 1932 auf der Iigen-Kampfbahn zu Dresden ausgetragen. Ihre reibungslose Durchführung ist durch den guten Dresdner Funktionärstab gesichert. Der Kreisturnrat von Sachsen und die Dresdner Spieler stellen sich ebenfalls zur Mitarbeit zur Verfügung. Als Bundesaufgabe wird am 8. Mai von allen Sparten (Turner, Leichtathleten, Fußball- und Handballspieler, Wassersportler) in allen Bezirken ein Bundeswettbewerb zur Durchführung kommen. Der 29. Mai ist für die besondere Schulung der leichtathletischen Funktionäre im Bundesgebiet vorgesehen. Bundesoffene Sportfeste dürfen vier Wochen vor den leichtathletischen Bundesmeisterschaften nicht mehr stattfinden.

Ein leichtathletischer Länderwettkampf mit der Schweiz ist bereits abgeschlossen. Wegen eines weiteren Länderwettkampfes, und zwar mit Norwegen, sind die Verhandlungen noch im Gange. Die Einführung der Vereinswettkämpfe wurde gutgeheißen. Sie sollen am 11. September in allen Gruppen und Bezirken des Bundes durchgeführt werden. Die ab 1932 erscheinende neue Bundeszeitung „Wurf und Ziel“ ist die Bundeszeitung der Leichtathleten des Arbeiter-Turn- und Sportbundes.

Wer wird

in Leipzig Handball-Meister?

Am 13. Dezember findet im VfL Südost-Stadion der Kampf um Leipzigs Handballmeisterschaft statt. Erstmals ist der ehemalige Kreis- und Bundesmeister Gohlis nicht mit dabei. Der vorletzte Bezirksmeister Paunsdorf hatte Gohlis mit in seiner Gruppe und besiegte diesen einmal 11:10 und im Rückspiel 9:3. Ungeschlagen beendete Paunsdorf die Serienspiele. Gegner ist der Ortsnachbar Ostvorstadt. Osten war bisher immer eine gute Durchschnittsmannschaft. Zu Beginn der Herbstunde war Osten plötzlich überragend. Von Sieg zu Sieg eilend, wurden die Gegner in der Gruppe alle bezwungen. Das Kräftemessen Paunsdorf—Ostvorstadt wird für Leipzig einen seltenen sportlichen Genuß ergeben, zumal die Aussichten für Ost nicht hoffnungslos sind. kzd.

Organisations-Nachrichten

- SA und SJV Knapsack. Samstag, 12. Dez., 19¹⁵ Uhr, Mitgliederversammlung im Lokal Vith, Knapsack Hauptstr. Vortrag des Gen. Schwarzkopf: „Warum SAP?“ Vortrag des Gen. Neumann: „Warum SJV?“
 - SAP Leipzig-West: Sonnabend, 12. Dez., 19 Uhr, im Restaurant „Schloß Lindenfels“, Karl-Heine-Straße, Mitgliederversammlung. Thema: Aktionspropaganda.
 - SAP Plauen. Jungsozialistischer Arbeitskreis. Montag, 14. Dez., 20 Uhr, im Jugendheim, Besprechung.
 - Naturfreunde Plauen. Sonnabend, 12. Dez., 20 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Jahreshauptversammlung. Alle müssen anwesend sein.
 - Sozialistischer Schutzband Zwickau-Crimmitschau: Sonntag, 13. Dez., 7:45 Uhr, Stellen am Volkshaus Zwickau, Crimmitschauer Straße, Oberholzdorf, Bockwa, Cainsdorf, Wilkau, Niederballau treffen mit ihren Autos 7:30 Uhr am der Bockwaer Brücke und fahren geschlossen zum Stellplatz.
 - SJV Scheuditz. Sonntag, 13. Dez., Heimabend mit der Gruppe Deutsch. — Mittwoch, 16. Dez., öffentliche Versammlung der SAP (Red. Gen. Klaus Zwieling). — Sonntag, 20. Dez., Bunter Abend. — Mittwoch, 24. Dez., Lesabend. — 25. bis 27. Dez., Fahrt nach Weichselburg. — 31. Dez. bis 1. Jan. 32, Fahrt nach Döllnitz. — Sonntag, 3. Jan., Gruppenbesuch nach Leipzig. — Mittwoch, 6. Jan., Generalversammlung. — Unsere Gruppenabende finden vorläufig im Restaurant „Stadt Berlin“ beim Gen. Otto Silber, Hallesche Str. 7 b. statt.
- Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Will Schaber, für Inserate: Johannes Hoffmann. Verlag: Sichel Zeitungsverlagsges. m. b. H., Druck: Georg Koenig, sämtlich in Berlin O 27, Magazinstraße 15/16.
- „SAZ Sozialistische Arbeiterzeitung“ erscheint täglich außer Montage
- Redaktion: Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2104
- Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2905
- Bezugspreis für einen Monat durch die Expedition: RM 2,40 einschließlich Bestellgeld. Durch die Post bezogen: RM 2,40 und RM —,36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen: RM 2,10 und RM —,36 Zustellgebühr. Unter Kreuzband: RM 2,10 monatlich zuzüglich RM 1,30 Porto.
- Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Spezialtarife für die Verbreitungsgebiete
- Alle Zahlungen sind zu leisten an: Sichel Zeitungsverlagsges. m. b. H., Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 153 928.

Volksbühne
T 1921 u. 1107091
D. L. Theater 294
geschlossen

Stärkt den

Dresse Fonds

DAS EINKAUFSHAUS DER SOZIALISTISCHEN JUGEND

empfehlen allen Genossen:

Fahrtenbekleidung: Aermelwesten, Man. hesteranzüge, Lodenmäntel, Windjacken, Stutzen, Sportsocken

Wandersusrüstung: Rucksäcke, Brotbeutel, T. r. m. st. Gürtel, Zelte, Schlafsäcke, Decken

Reformschuhe: Sandalen, Sportstiefel, Tuinische

Kunstgewerbe: Holzleuchter, Broschen, gehäuferte Knöpfe, Spielsachen

Antikriegsabweichen

Sozialistische Literatur: Laienspiele, gehäuferte Kollwitzbilder, Kunstkarten, Kunstkalender und vieles andere

Uebt Solidarität! Faucht bei uns!

DIE FACKELSTUBEN

Eigentum des Bundes zur Förderung sozialistischer Werkgemeinschaften E. V.

BERLIN C 2, KLOSTERSTR. 62

Geöffnet von 9—19 Uhr Besucht uns unverbindlich

PROLETON

GABITZSTR. 20-22 HÖFCHENSTR. 49
Erste Vorstellung 4,30, letzte Vorstellung 8,30 Uhr

Vom 11. bis 17. Dezember

Erstaufführung

Iqdenbu, der große Jäger

Regie „Bek-Nasorow“ (Russenfilm)

Charlie Chaplin in

Lichter der Großstadt

Neueste tönende Wochenschau

Im Varietéteil auf der Bühne:

the Flaming tons

Indianischer Jongleurakt

Jugendliche und Kinder bis 6 Uhr halbe Preise

Fahrradstand vorhanden

Arbeiter-Sport-Kartell Breslau

„Der Klassenkampf“

erscheint seit 1. Dezember in seiner alten Form weiter! Nicht im „Loub-Verlag“, sondern in der **Freien Verlagsgesellschaft m. b. H., Berlin-Tempelhof, Hohenzollernkorsø 67**

Das neue Heft enthält Beiträge von Max Seydewitz / Unser Ziel und unsere Aufgabe; Ed. Weckerle / Unsere Stellung zur Gewerkschaftsbewegung; R. Scheider / Die KPD und die Gewerkschaften; August Siemsen / Die sozialistische Arbeiterpartei und die Kulturorganisationen der Arbeiterklasse. Ferner Kulturrenschau, Bücherschau, Notizen und Glossen.

Werbt Abonnenten!

Oberläusitz

Zum Weihnachtsfest empfehle ich mein großes Lager in **Herren-, Damen- und Kindergarderoben** sowie **Manufakturwaren** zu den bekannt billigsten Preisen

Ad. Menzels Nachf. K. Flebiger
Neusaiza-Spremberg i. S.

Verkaufsstelle der weltbekannten und beliebten **„Blaya-Kleidung“**

Phönix-Nähmaschinen

auch anderer Marken Fahrräder, Wasch und Wringmaschinen in reicher Auswahl zu niedrig. Preisen

Friedrich Müller, Neusaiza-Spremberg.
NB.: Grammophon und Zubehör